

Internationale Münchner Friedenskonferenz

2017

17. - 19. 2. 2017

Beiträge vom Internationalen Forum
der Konferenz

u. a. von
Daniela Dahn
Fabian Scheidler
Elsa Rassbach
Christian Vorländer
Clemens Ronnefeldt

www.friedenskonferenz.info



Frieden und Gerechtigkeit gestalten - NEIN zum Krieg

Impressum

Dokumentation des Internationalen Forums auf der Internationalen Münchner Friedenskonferenz 2017

Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg
München, 17. – 19.2. 2017

Herausgegeben vom Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk der DFG-VK Bayern

Redaktion: Thomas Rödl, Gertrud Scherer, Heinz Staudacher

Eigendruck im Selbstverlag, ViSdP: Thomas Rödl, c/o DFG-VK, Schwanthalerstr. 133, 80339 München

Zusammenfassung der Vorträge, Abschriften vom Tonträger und Textbearbeitungen: Gertrud Scherer, Rosemarie Wechsler, Thomas Rödl, Heinz Staudacher

Umschlag: Heinz Staudacher

Lay-out: Werner Bergheim, Heinz Staudacher

Gesetzt aus Charis SIL und Pigiarniq

Bildmaterial: Hajo Pradt, Martin Pilgram, Heinz Staudacher

Unser Dank gilt allen, die uns bei der Ausrichtung der Konferenz unterstützt und ermuntert haben. Besonderer Dank gilt den ReferentInnen, der musikalischen Unterstützung, den Trägerorganisationen, der Stadt München und allen HelferInnen bei der Vorbereitung der Veranstaltungen.

Mitglieder des Ehren-Kurats:

- Prof. Dr. Hans-Peter Dürr †, Träger des Alternativen Nobelpreises
- Dr. h.c. Hans-Christof von Sponeck, ehemaliger UNO-Koordinator für den Irak
- Dr. Franz Alt, Publizist
- Dr. Klaus Hahnzog, Bürgermeister a.D. und Verfassungsrichter
- Konstantin Wecker, Liedermacher, Komponist, Autor
- Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, Friedens- und Konfliktforscherin
- Prof. Dr. Dr. Joachim Bauer, Neurobiologe, Arzt, Psychiater

Trägerkreis (weitere Informationen Seite 34 bis 38):

- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Landesverband Bayern
- Internationaler Versöhnungsbund, deutscher Zweig e.V.
- Internationale katholische Friedensbewegung pax christi im Erzbistum München & Freising
- NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit
- Kreisjugendring München-Stadt
- Netzwerk Friedenssteuer Region Bayern
- Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“
- Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e.V.
- Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit

Die Organisation erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Bayern. Die freundliche Unterstützung des Kulturreferates der Landeshauptstadt München hat wesentlich zur Verwirklichung der Konferenz beigetragen.

Inhaltsverzeichnis

Impressum/Trägerkreis		2
Positionen der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“		4
Internationales Forum: „Frieden und Gerechtigkeit gestalten“ am 17.2.2017 im Alten Rathaus		
Einleitung, Moderation	Clemens Ronnefeldt	5
Grußwort der Landeshauptstadt München	Christian Vorländer	9
Kooperation oder Konfrontation mit Russland?	Daniela Dahn	10
Risse in der Megamaschine	Fabian Scheidler	17
Gewaltfrei gegen Drohnenkrieg	Elsa Rassbach	22
Krieg und Flucht		26
Platz do! - Text	Neurosenheimer	27
Informationen zu den Mitwirkenden		30
Informationen zu den Trägerorganisationen		34

Musikalische Begleitung: **Die Neurosenheimer**

Katrin Stadler, Marita Gschwandtner, Katrin Zellner, Tobias Hegemann



Positionen der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“

Die Münchner Friedenskonferenz ist die inhaltliche Alternativveranstaltung zur Münchner Sicherheitskonferenz.

Einschätzung der Münchner Sicherheitskonferenz

Die Münchner Sicherheitskonferenz wurde als „Wehrkundetagung“ gegründet, als die so genannte Sicherheitspolitik von einer klaren Frontstellung gegen die sozialistischen Staaten gekennzeichnet war. Abschreckung, militärische Stärke und Totrüstungen des Gegners waren die zentralen Konzepte der militärischen Machtpolitik. Nach dem Ende des „Kalten Krieges“ geht es den westlichen Industriestaaten - also vorwiegend den Staaten der NATO – vorrangig um den weltweiten Zugriff auf Ressourcen und um die Absicherung der Handelswege und Absatzmärkte auch mit militärischen Mitteln. Für die Absprachen dafür spielt die Münchner Sicherheitskonferenz eine wichtige Rolle.

Ihr Sicherheitsverständnis ist auf Dominanz und Machterhalt ausgerichtet. Aus der Drohgebärde der Hochrüstung im „Kalten Krieg“ sind tatsächliche militärische Interventionen in strategisch wichtigen Regionen geworden, z.B. im Irak und in Afghanistan. Diese wurden mit hohem propagandistischem Aufwand zu „Krisengebieten“ erklärt, die „unsere Sicherheit“ bedrohen und somit Militäreinsätze rechtfertigen sollen. Diese Militärpolitik ist durch die UNO-Charta nicht gedeckt. Sie kostet in den Kriegsgebieten unzähligen Menschen das Leben, bewirkt Verarmung und Radikalisierung und verschlingt ungeheure Mittel. Diese Mittel fehlen für die zivile Konflikt- und Krisenbewältigung und für Strategien gegen die von Menschen gemachten Katastrophen.

Ein Umsteuern ist notwendig - zivil handeln statt militärisch intervenieren

Eine „Internationale Sicherheitskonferenz“, die diesen Namen verdient, muss nach unserer Ansicht militärisches Sicherheitsdenken überwinden und auf gemeinsame Sicherheit durch Interessenausgleich und Kooperation setzen. Für den Paradigmenwechsel ist eine grundlegende Umschichtung von den hohen Militärausgaben zur Finanzierung von ziviler Konflikt- und Krisenbewältigung nötig. An die Stelle des Strebens nach Überlegenheit und Gewinnmaximierung müsste eine neue Denkweise treten: Orientierung an globaler Gerechtigkeit, am Gemeinwohl für alle Menschen und an Nachhaltigkeit in der Wirtschaft und im Umgang mit den Ressourcen.

Es gibt detaillierte Konzepte für zivile Konfliktbearbeitung im gesellschaftlichen Bereich, bei innerstaatlichen Konflikten und ermutigende Erfahrungen auf internationaler Ebene. Die UNO, zwischenstaatliche und regierungsunabhängige Organisationen haben auf diesem Gebiet durch Verhandlungen, Schlichtung und Beobachtermissionen bereits Beachtliches geleistet. Zu den wichtigsten Instrumenten zählt auch der Zivile Friedensdienst (ZFD), der mit den Konfliktparteien vor Ort an Lösungen arbeitet, die für alle tragbar sind. Die „Internationale Münchner Friedenskonferenz“ beschäftigt sich seit 2003 mit diesen neuen Ansätzen und zeigt internationale Beispiele für das Gelingen auf.*

Von der Bundesregierung erwarten wir:

Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr

Stopp der Waffenexporte und Unterbindung des illegalen Waffenhandels

Senkung der Rüstungsausgaben und eine deutliche Erhöhung der Mittel für zivile Konfliktbearbeitung

Einführung eines Zivilsteuergesetzes: Kein Steuer-Zwang zur Mitfinanzierung der Militärausgaben

Schritte zur Abrüstung mit dem Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung

Eine Stärkung der Institutionen der gemeinsamen Sicherheit wie UNO und OSZE

Ziele und Aufgaben der Friedenskonferenz:

Ein wesentliches Ziel der Friedenskonferenz ist es, Denkprozesse anzustoßen, die eine Kultur des Friedens beflügeln.

Mit konkreten Beispielen aus verschiedenen Kulturen wollen wir Perspektiven aufzeigen für eine am Wohl der Menschen orientierte Sicherheit.

Wir wollen die Menschen ermutigen, sich ins politische Geschehen einzumischen.

Mit der Friedenskonferenz legen wir den Schwerpunkt auf die Beschäftigung mit friedenspolitischen Optionen. Wir sehen sie als Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung neben den Straßenaktionen, Dialogveranstaltungen und Friedensgebeten.

Wir setzen uns mit unserem Handeln und der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“ dafür ein, dass die Menschen in Frieden und in sozialer Gerechtigkeit miteinander leben und verantwortlich mit der Natur umgehen.

*) Die inhaltlichen Beiträge zu den Friedenskonferenzen sind dokumentiert unter www.friedenskonferenz.info

Internationales Forum Frieden und Gerechtigkeit gestalten



v.l.n.r.: E. Rassbach, D. Dahn, F. Scheidler, C. Ronnefeldt, K. Stadler, M. Gschwandtner, K. Zellner, T. Hegemann

Einführung von Clemens Ronnefeldt, Moderator

Guten Abend, liebe Besucherinnen und Besucher des Internationalen Forums im Rahmen der 15. Internationalen Münchner Friedenskonferenz.

Ich möchte Sie - auch im Namen der Vorbereitungsgruppe und des Trägerkreises dieser Konferenz - sehr herzlich begrüßen.

Mein Name ist Clemens Ronnefeldt, ich komme aus Freising und arbeite seit 1992 als Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.

Auch in diesem Jahr haben wir wieder kompetente Gäste auf das Podium eingeladen, die ich sie bitte, mit mir zu begrüßen:

- Die Publizistin und Autorin Daniela Dahn

- Den Autor und Kontext-TV-Mitbegründer Fabian Scheidler

- Die Filmemacherin und Journalistin Elsa Rassbach

Im Programm ausgedruckt war Harald Welzer, auf den wir uns sehr

gefremt haben.

Erst am letzten Samstag schrieb er uns völlig überraschend und nach der Lektüre seiner Bücher für uns schwer nachvollziehbar:

„Ich teile Ihre Positionen und auch das Anliegen der Friedenskonferenz an vielen Stellen nicht. Ich glaube, dass in der gegenwärtigen geopolitischen Situation an Abrüstung und Senkung der Rüstungsausgaben in Deutschland nicht zu denken ist; von Ihren Forderungen an die deutsche

Politik teile ich lediglich die zur Reduktion der Waffenexporte. Deshalb glaube ich, dass ich ein kontraproduktiver Redner für Ihre Anliegen bin und muss daher leider absagen.“

Um Spekulationen entgegen zu treten, haben wir uns entschlossen, seine Begründung Ihnen transparent weiter zu geben.

Wir sind sehr dankbar, dass der Fabian Scheidler als hochkarätiger Referent uns kurzfristig zusagen konnte.

Als Vertreter der Landeshauptstadt München, deren Kulturreferat auch in diesem Jahr diese Veranstaltung unterstützt, begrüße ich Herrn Stadtrat Christian Vorländer.

Ganz herzlich begrüßen möchte ich auch die anwesenden Kuratoren der Internationalen Münchner Friedenskonferenz, ich sehe Herrn Dr. Klaus Hahnzog.

Wir freuen uns, dass die Neurosenheimer diesen Abend musikalisch bereichern.

Der heutige Abend wird live übertragen von Radio München, Radio Lora und für Kontext TV aufgezeichnet.

Liebe Friedensinteressierte,

Papst Franziskus hat in seiner Botschaft zum 1. Januar 2017 von einem gegenwärtigen „Weltkrieg auf Raten“ gesprochen und kritisiert schon seit längerem eine neoliberale „Wirtschaft, die tötet“. Selbst die Gefahr eines Atomwaffen-Krieges ist in jüngster Zeit wieder erheblich gestiegen.

Neu entbrannt ist der Ost-West-Konflikt. Sie sehen hinter mir links die Karte mit den Machtblöcken bis 1990. Grün: Die NATO-Staaten, rot: die Staaten des Warschauer Paktes.

Die rechte Seite zeigt die NATO-Osterweiterungen - trotz der gegenteiligen Zusagen im Jahre 1990 von US-Außenminister James Baker und Versprechens von



Hans-Dietrich Genscher an den ehemaligen russischen Außenminister Eduard Schewardnadse (1) .

Nach der ehemaligen DDR 1990

infolge der deutschen Einigung wurden 1999 Polen, Tschechien und Ungarn NATO-Vollmitglieder, 2004 folgten Estland, Lettland, Litauen, die slowakische Republik, Slowenien, Rumänien und Ungarn, 2009 kamen noch Kroatien und Albanien hinzu.

Mit dieser NATO-Osterweiterung bis an die russische Grenze wurden nicht nur die Sicherheitsinteressen Russland unterlaufen, sondern auch ein US-dominiertes NATO-Korridor auf dem Boden des ehemaligen Warschauer Paktes zwischen das wirtschaftlich starke Westeuropa und das rohstoffreiche Russland gelegt.

Ziel einflussreicher US-Kreise war und ist, insbesondere Berlin und Moskau auseinander zu bringen, um den Abstieg der USA als ehemals einzige Weltmacht abzufedern und eine multipolare Weltordnung zu verzögern.

Warum hat insbesondere die deutsche Regierung diesen Konfrontationskurs der letzten Jahre - zum eigenen wirtschaftlichen Nachteil wegen der Russland-Sanktionen - mitgetragen und sich nicht stärker dagegen aufgelehnt? Wer hat sie unter Druck gesetzt?



Welche Mechanismen sind dafür verantwortlich, dass nach dem Abzug der letzten US-amerikanischen Panzer aus Europa im Jahre 2013 im Januar diesen Jahres in Bremerhaven erstmals wieder US-Panzer entladen und auf dem Landweg über Polen weiter in Richtung russische Grenze rollen konnten?

Angeht dieses Bildes fiel mir das Gedicht von Wolfgang Borchert ein:

„ Du. Kapitän auf dem Dampfer. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keinen Weizen mehr fahren - sondern Kanonen und Panzer, dann gibt es nur eins: Sag NEIN! (2) .

„Mein Gott, wenn mich jetzt mein Opa sehen könnte“, sagt dieser



Bundeswehrosoldat an der russisch-litauischen Grenze“: „Der war vor 75 Jahren auch schon mal hier!“

Was haben deutsche Panzer nach all dem Leid, das Deutsche dem russischen Volk angetan haben, im Jahre 2017 an der Grenze Russlands verloren?

An der russischen Innen- und Außenpolitik der letzten Jahre gibt es viel zu kritisieren: Die Verfolgung oppositioneller Medien, das Vorgehen auf der Krim, die Unterstützung von Kriegshandlungen und Menschenrechtsverletzungen in der

Ukraine, massive Bombardierungen in Syrien und einiges mehr.

Wie kommen wir aus der gegenwärtigen Ost-West-Konfrontation wieder zur Kooperation?

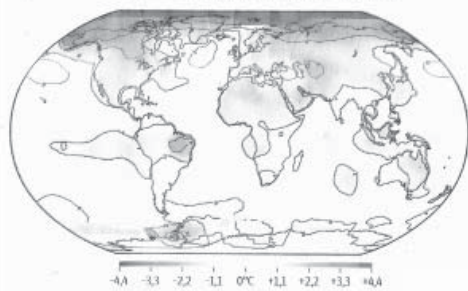
Zu diesen Fragen freue ich mich auf die Ausführungen von Daniela Dahn.

Fabian Scheidler wird das derzeitige „systemische Chaos sowie Wege zu einer gerechteren Weltordnung“ aufzeigen.

Hinter mir sehen Sie den dramatischen Temperaturanstieg seit 1980, am Nordpol mehr als vier Grad.

Die Hotspots

Temperaturen 2016 im Vergleich zur mittleren Temperatur der Jahre 1951-1980 in °C



Wenn wir das in Paris vereinbarte maximale 2-Grad-Erderwärmungsziel bis zum Jahre 2050 einhalten wollen, bedeutet dies, dass mindestens 80 Prozent aller weltweit bekannten Vorräte an Öl, Gas und Kohle in der Erde verbleiben!

Das Kind, das hier vom Kellner die Rechnung präsentiert bekommt, könnte auch unser Kind oder Enkel sein.

Wann beenden wir die Diktatur



der Gegenwart auf Kosten nachfolgender Generationen durch eine bewusste Änderung unseres Lebensstils?

Konzepte wie Postwachstums- und

Gemeinwohlökonomien, Bioregionalismus und das „Lassen“ jener Handlungen, welche die Lebenschancen anderer Menschen und zukünftiger Generationen mindern, sind überzeugend - aber noch wenig umgesetzt.

Unser drittes Hauptreferat von Elsa Rassbach ist dem Thema „Gewaltfrei gegen Drohenkrieg“ gewidmet.

Wird US-Präsident Donald Trump die Drohnen-Politik seines Vorgängers fortsetzen?

Welche Handlungsmöglichkeiten haben wir, diese völkerrechtswidrigen Drohnenangriffe - die alle über Deutschland laufen - zu beenden?

Nach den ersten Wochen im Amt ist von Donald Trump eine neue US-Aufrüstungswelle zu erwarten.

Wegen der Unberechenbarkeit des



neuen US-Präsidenten gegenüber der NATO forderte Berthold Kohler, Chefredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Ende November 2016 über eigene deutsche Atomwaffen nachzudenken, die TV-Panorama-Sendung vom 2. Februar 2017 stimmte mit ein.

Wenn diese Äußerungen „Testballons“ für die Reaktionen der deutschen Öffentlichkeit waren und sind, wird es höchste

Exekution per Drohne: Alle Wege führen über Deutschland



Zeit, dass eine Mehrheit in unserem Lande klar und deutlich sagt: Deutsche Atomwaffen: Nein! Abzug der in Deutschland gelagerten Atomwaffen: Ja! Eigene deutsche bewaffnete Drohnen und steigende deutsche Rüstungsausgaben: Nein!

Abrüstungsanstrengungen, Stärkung der OSZE, eine „Gemeinsame kooperative Sicherheitspolitik“ und der Ausbau ziviler Konfliktbearbeitungsmöglichkeiten: Ja!

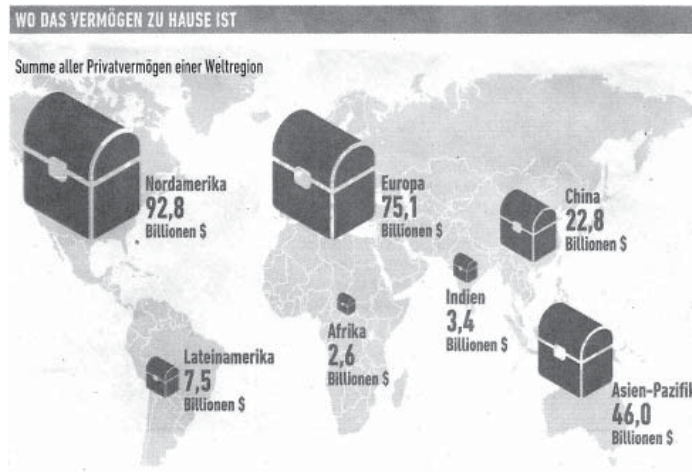
Das nächste Bild warnt vor jedem Anflug deutscher Überheblichkeit angesichts der Wahl von US-Präsident Trump: Es gibt mehr als genug für den Erhalt der Demokratie und des sozialen Friedens in Deutschland zu tun.

Über 1000 Angriffe auf Asylheime gab es im letzten Jahr. Ein mindestens ebenso großes Problem wie all die rechten Tendenzen in Deutschland und Europa scheint mir das Schweigen und Nicht-Einmischen all jener Menschen zu sein, denen Gerechtigkeit und Frieden wichtig sind!



Apropos Gerechtigkeit:

Wer sich die Nord-Süd-Ungleichverteilung der privaten Vermögen



auf der Erde anschaut, wird weniger von einer „Flüchtlingskrise“ als von einer „Gerechtigkeitskrise“ sprechen.

Wenn aktuell acht Einzelpersonen mehr Vermögen angehäuft haben als die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit - 3,7 Milliarden Personen - scheint ein gravierender Fehler im derzeitigen Wirtschafts-

system vorzuliegen, das immer wieder neue Krisen, Kriege und Millionen Flüchtlinge hervorbringt.

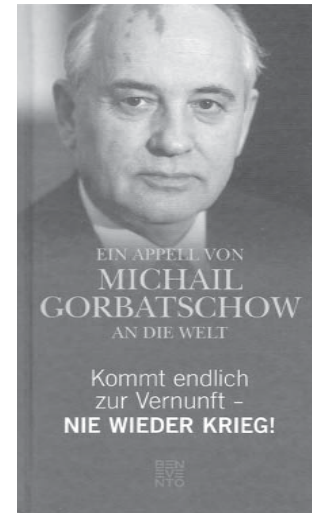
Einfach leben, damit andere einfach überleben, Teilen statt Töten, den mit Überfluss gefüllten Tisch länger statt Zäune - wie hier an der syrisch-türkischen Grenze - höher machen:

Diese Botschaften bei immer enger werdenden Spielräumen umzu-



setzen, wird eine politische und geistige Herausforderung werden.

Lassen wir uns ermutigen von Michail Gorbatschow, der eindringlich appelliert: „Kommt endlich zur Vernunft! Nie wieder Krieg“.



Damit möchte ich meine Einleitung beenden und nun Sie, Herr Vorländer bitten, ein Grußwort der Stadt München an uns zu richten.

(1) <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-67871653.html> (23.11.2009, zuletzt aufgerufen am 16.2.2017): „Unumstritten ist, was der US-Außenminister am 9. Februar 1990 im prachtvollen Katharinensaal des Kreml erklärte. Das Bündnis werde seinen Einflussbereich „nicht einen Inch weiter nach Osten ausdehnen“, falls die Sowjets der NATO-Mitgliedschaft eines geeinten Deutschland zustimmen. Darüber werde man nachdenken, meinte Gorbatschow und fügte hinzu, ganz gewiss sei eine „Expansion der NATO-Zone inakzeptabel“.

„So sprach Genscher am 10. Februar 1990 zwischen 16 und 18.30 Uhr mit Schewardnadse, und der bis vor kurzem geheim gehaltene deutsche Vermerk hält fest: ‚BM (Bundesminister): Uns sei bewusst, dass die Zugehörigkeit eines vereinten Deutschlands zur NATO komplizierte Fragen aufwerfe. Für uns stehe aber fest: Die NATO werde sich nicht nach Osten ausdehnen.‘ Und da es in dem Gespräch vor allem um die DDR ging, fügte Genscher ausdrücklich hinzu: ‚Was im Übrigen die Nichtausdehnung der NATO anbe-

treffe, so gelte dieses ganz generell.‘ Schewardnadse antwortete, er glaube ‚allen Worten des BM‘.“

(2) zitiert aus: Wolfgang Borchert, Das Gesamtwerk, Rowohlt 1986, Seite 318 ff

(3) <http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-amerika/nach-donald-trump-sieg-deutschland-muss-aussenpolitik-aendern-14547858.html> (27.11.2016, zuletzt aufgerufen am 16.2.2017)



Grußwort der Landeshauptstadt München



Christian Vorländer

Stadtrat der Landeshauptstadt München

Sehr geehrte Damen und Herrn,
liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter für eine friedlichere Welt,

vielen Dank lieber Clemens Ronnefeldt für diese wirklich eindrucksvolle Einleitung.

Ich darf im Namen der Landeshauptstadt München und im Namen unseres Oberbürgermeisters Dieter Reiter Sie alle sehr herzlich zur 15. Internationalen Münchner Friedenskonferenz hier im Alten Rathausaal begrüßen und ganz herzlich willkommen heißen. Ich möchte ganz besonders auch meine hochgeschätzte Stadtratskollegin Frau Brigitte Wolf herzlich willkommen heißen (Beifall)- sie ist hier vorne. (Beifall) Und ganz besonders freue ich mich auch, den von mir hochgeschätzten Dr. Klaus Hahnzog hier in unseren Reihen willkommen zu heißen. (Beifall) Lieber Klaus Du bist seit vielen Jahrzehnten ein Streiter für die Friedensbewegung und immer dabei. Ich kenn Dich schon als Friedensbewegten auf zahlreichen Ostermärschen, als ich noch ganz klein war. Der Klaus Hahnzog war hier lange Jahre Bürgermeister in München, langjähriger Landtagsabgeordneter und ist nach wie vor unheimlich aktiv auch als Mitglied des Bayerischen Verfassungsge-

richtshofes. Und da versucht er regelmäßig gute Akzente zu setzen. Schön dass Du da bist. (Beifall)

„Frieden und Gerechtigkeit gestalten - Nein zum Krieg“, unter diesem Thema erwartet Sie, erwartet uns ein umfassendes und vielfältiges Programm. Gerade in der jetzigen Zeit, in der unsere Welt völlig aus den Fugen geraten zu sein scheint, gerade jetzt, wo viele, viele Millionen Menschen auf Grund zahlreicher Konflikte und Kriege weltweit auf der Flucht sind, gerade jetzt, wo Säbelrasseln und nationale Egoismen Hochkonjunktur haben und der neue Präsident Trump im Weißen Haus - diplomatisch formuliert - für ein hohes Maß an Verunsicherung, an Irritation und für Ängste sorgt, gerade in dieser Zeit sind Ihre Diskussionen und Beratungen wichtiger denn je. Es ist gut - und ich betone es noch einmal - es ist wichtiger denn je, dass Sie sich als Friedensbewegung einbringen, dass Sie laut und vernehmbar gerade jetzt hier in München in den nächsten Tagen Ihre Stimme erheben. Und dafür danke ich Ihnen sehr - auch im Namen der Landeshauptstadt München. (Beifall)

Es ist wichtig, dass Sie nach Antworten suchen auf die Fragen, wie

Konflikte - gerade auch mit nicht-militärischen Mitteln - bearbeitet und gelöst werden können. Clemens Ronnefeldt hat einiges davon schon entfaltet. Sie haben sich deshalb auch in diesem Zusammenhang vorgenommen, das erstmals bei der letztjährigen Friedenskonferenz vorgestellte Manifest zum Schutz der Menschenrechte durch Prävention weiter zu entwickeln. Zivile Konfliktregelung, Stärkung der internationalen Organisationen wie OSZE oder UNO, das ist auch nach meiner persönlichen, tiefen Überzeugung der richtige Weg.

Ich möchte mich abschließend bedanken beim Trägerkreis der Friedenskonferenz und namentlich - stellvertretend für alle aktiv Mitwirkenden und Referentinnen und Referenten - bei Thomas Rödl, der die Veranstaltung organisiert und koordiniert, und wünsche der Konferenz natürlich einen friedlichen und konstruktiven Verlauf. Ich hoffe sehr, dass vieles von dem, was hier an Ideen, an Vorstellungen entwickelt und diskutiert wird, vernehmbar nach außen dringt und dass wir sehr viel mehr werden - auch gerade in der nächsten Zeit. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Daniela Dahn

Kooperation oder Konfrontation mit Russland?

Ansätze für zivile Lösungen

Daniela Dahn wurde in Berlin geboren. Nach dem Journalistik-Studium in Leipzig war sie Fernsehjournalistin. Seit 1982 arbeitet sie als freie Schriftstellerin in Berlin. Im Herbst 1989 wurde sie Gründungsmitglied des "Demokratischen Aufbruchs". Im Rowohlt-Verlag sind zehn Bücher von ihr erschienen, u.a. „Wehe dem Sieger! Ohne Osten kein Westen“ und „Wir sind der Staat. Warum Volk sein nicht genügt“.

Daniela Dahn ist im Beirat der Humanistischen Union und stellvertretende Vorsitzende des Willy Brandt Kreises. Für ihr Wirken wurde sie vielfach ausgezeichnet, u.a. mit dem Tucholsky und dem Börne-Preis.

im Folgenden ein Artikel von Daniela Dahn, erschienen im Rubikon-Magazin für die kritische Masse



Parallel zur Münchner Sicherheitskonferenz fand auch 2017 im Alten Rathaus wieder die aus der Bürgerschaft kommende Münchner Friedenskonferenz statt. Eine der Trägergruppen der Münchner Friedenskonferenz, die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e. V., kann seit einigen Jahren zwei Beobachter zur Sicherheitskonferenz entsenden. Eine dieser Beobachterinnen war diesmal die Schriftstellerin und Publizistin Daniela Dahn. Ihre Eröffnungsrede auf der Friedenskonferenz der Bürger hat sie später durch das auf der Sicherheitskonferenz der Eliten Gehörte durch *kursive* Passagen ergänzt.

Münchner Friedenskonferenz im Alten Rathaus am 17.2.17

Daniela Dahn: Kooperation oder Konfrontation mit Russland?

Das ist natürlich eine rhetorische Frage. Wer aber für Kooperation ist, muss sich mit der Konfrontation beschäftigen.

Noch keine Münchner Sicherheitskonferenz war so aufgeladen mit Erwartungen und hatte einen solchen Andrang von einst und gegenwärtig hochrangigen Politikern wie diese.

Erstmals standen die transatlantischen Beziehungen zur Disposition. Konferenzchef Wolfgang Ischinger fragte eingangs besorgt, ob wir vor einem post-westlichen Zeitalter stünden. Auch von anderen Rednern wurde der womögliche Wechsel zu einer „neuen Weltordnung“ beschworen, was den auf Verständigung Bedachten Anlass zu großer Sorge bot, da Weltordnungen erfahrungsgemäß durch Kriege verändert werden. Der Auftritt von US-Vize Mike Pence wurde atemlos verfolgt, wie der

eines Messias. Dass es die intellektuell magerste Rede von allen war, fiel nicht weiter auf, denn der erlösende Satz nahm die Ängste: Die USA ist und wird immer ihr größter Verbündeter sein. „Unter Präsident Trump werden wir die stärkste Armee der Welt sein.“ Die USA unterstütze die NATO energisch, aber Donald Trump erwarte, dass alle Mitglieder jene zugesagten zwei Prozent zur Aufrüstung beitragen. Mit ihm jedenfalls, so die wiederholte Botschaft, werde die USA so stark wie nie zuvor.

1. Die Geschichte der Konfrontation jenseits von Propaganda erzählen

Der völkerrechtswidrige Jugoslawienkrieg, die Expansion der NATO nach Osten, neue Raketensysteme, die Einmischung des Westens in die inneren Angelegenheiten Russlands und dessen traditionell Verbündete, die Sanktionen, die Propaganda

– all das hat zu einer neuen Ära der Konfrontation mit Russland geführt. Die NATO-Mitglieder behaupten natürlich, das Gegenteil sei wahr, Russlands aggressive Politik sei der Grund der Spannungen.

Wer angesichts solcher Antagonismen kapituliert und meint, wir seien endgültig im Postfaktischen angekommen, verkennt wohl, dass genau diese Ratlosigkeit ein Herrschaftskonstrukt ist, mit dem man sich vor belastenden Tatsachen schützen will. Es soll nur noch auf die „gefühlte Wahrheit“ ankommen. Allein im Pentagon arbeiten 27.000 PR-Spezialisten mit einem Jahresbudget von fünf Milliarden Dollar. Sie beeinflussen Agenturen mit gezielten Nachrichten, Fernsehspots und Rundfunkinterviews.

Als Gegengewicht gegen russisches Fernsehen sendet seit dem 7. Februar der vom US-Kongress finanzierte, russischsprachige Kanal Nastojaschee Wremja - Current Time. Die Deutungshoheit über die Meinung von Mehrheiten ist im digitalen Zeitalter die wichtigste Waffe geworden. Hier findet die eigentliche Aufrüstung statt, auch wenn die herkömmliche sich wahrlich nicht lumpen lässt. Gleichzeitig verteidigen sich derzeit viele Medien und Institutionen mit Faktenchecks, bei denen man auch genau hinsehen muss. Das ist mühsam, aber der einzige Weg: Desinformation widersprechen, neuer Desinformation besser widerprechen.

Fangen wir gleich beim diesjährigen, überall verteilten Report der Münchner Sicherheitskonferenz an. Unter Berufung auf „zahlreiche Menschenrechtsorganisationen“ wird dort behauptet, 80 Prozent der russischen Luftangriffe auf Syrien galten nicht dem IS sondern zielten auf Rebellen und Zivilisten. „Damit ist das russische Märchen des Kampfes gegen den Terror in Syrien endgültig bloßgestellt“, sekundierte die Bild-Zeitung. Immer wenn wieder das Ende einer Geschichte verordnet wird, muss man misstrauisch werden und die Geschichte von vorn erzählen.

Denn hier liegt ein klassisches Beispiel vor, wie man mit Zahlen, die vielleicht sogar stimmen, durch Fehlinterpretation manipulieren kann.

Russland und Syrien haben nie behauptet, nur den IS zu bekämpfen, sondern alle islamistischen Terroristen, die gewaltsam die Regierung stürzen wollen. Einer der Hauptgegner ist daher die al-Qaida zugehörige al-Nusra-Front, die sich im letzten Sommer aus taktischen Gründen in Eroberungsfront der Levante umbenannt hat, um nicht mehr als Terroristen wahrgenommen zu werden. Ihr Ziel ist aber unverändert ein islamisches Kalifat, in dem alles Säkulare ausgerottet und die alawitische und christliche Minderheit vertrieben wird. Diese vom Westen jetzt verharmlosend zu den Rebellen gezählten Kämpfer, haben nach Erkenntnissen der Geheimdienste auch das Nervengas Sarin im syrischen Ghouta und später nahe Aleppo eingesetzt, um den Verdacht auf Assad zu lenken. Der UN-Sicherheitsrat hat sie als Terrororganisation eingestuft.

Diese sogenannte Eroberungsfront und die mit ihnen verbündeten Gruppen machen nach Angaben von Experten, auf die sich die Korrespondentin Karin Leukefeld beruft, die Hälfte der Anti-Assad Kämpfer aus. Zählt man die Luftangriffe auf sie zu denen auf den IS, sind wir statt bei 20 schon bei 70 Prozent, die sich gegen Terroristen richteten. Soviel also präzisierend zum Report der Sicherheitskonferenz.

Bleibt immer noch die Frage, warum die Russen im Verbund mit der syrischen Armee angeblich so gern Zivilisten bombardieren. Dabei unterscheidet sich die gegenwärtige US-Offensive auf das irakische Mossul nicht von der russischen Offensive auf Aleppo. Wenn die US-Koalition Tag und Nacht mit Langstreckenraketen Wohngebiete in Mossul angreift, auch gezielt die Universität, Krankenhäuser, ja die gesamte zivile Infrastruktur zerstört, dann heißt es, das waren alles Orte, die die Terroristen als Basis benutzt hätten. Bei den russischen

Bombardements in Syrien dagegen wird verlangt, ganz sauber zwischen Zivilisten und Terroristen zu unterscheiden. Da aber Terroristen nun mal keine Armeen befehligen, die in ordentlichen Kompanien kämpfen und anschließend in ihren Kasernen ein übersichtliches Ziel abgeben, wird dies nie und nirgends möglich sein.

Aber diese Einsicht müsste alle Seiten zu der Frage bewegen, ob die Bombardiererei im Kampf gegen islamischen Terrorismus überhaupt etwas ausrichten kann. Außer unermesslichem Leid.

Die Idee, den Terrorismus zu bekämpfen, ohne dessen Ursachen zu erkennen und zu eliminieren, ist falsch, sagte UN-Generalsekretär António Guterres in seiner von den Medien kaum beachteten Rede. Dabei war dies die mutigste und analytischste Rede der ganzen Münchner Sicherheitskonferenz. Sie enthielt einen der beiden Schlüsselsätze, die die Frage von Krieg und Frieden von entgegengesetzten Positionen beschrieben. Auf die schwere Anklage von Guterres ging wie zu erwarten niemand ein: „Die größte Bedrohung für die Sicherheit ist das politische Establishment.“ Er beklagte dessen mangelnde Kapazität für Analysen, die Lücke in den Erkenntnissen, dessen disfunktionale Strukturen. Die Globalisierung habe viele Verlierer – eine Jugend ohne Chance sei anfällig für Extremismus. Der UNO-Chef forderte Langzeitstrategien für Bildung und Armutsbekämpfung, für Klimaschutz und Wasserversorgung. Es fehle an Visionen und Investitionen zur Friedenssicherung.

Diesen Eindruck hatte man auch beim Statement des afghanischen Präsidenten Mohammad Ashraf Ghani. Er sah etwas anderes als die größte Bedrohung, nämlich dass sich etwas wie der 11. September wiederhole. Man hätte den Terrorismus bisher nie mit friedlichen Mitteln in den Griff bekom-

men. Afghanistan sei daher „in höchstem Maße dankbar für das globale Handeln“ in seinem Land – die Taliban seien zurückgeschlagen worden, behauptete er. Man werde den Daesh (IS) „zerschmettern“, versprach auch der irakische Premierminister Haider Al-Abadi. Zwar sei es schwierig, den Feind zu identifizieren, denn er trage keine Uniform und stelle sich als Zivilist dar. Aber Ramadi, Falludscha und Teile von Mossul seien zurück erobert worden, und das habe „nicht unmäßig viele Menschenleben gekostet“. Diese Erfolgsgeschichte müsse gemeinsam auf die ganze Region ausgeweitet werden.

Nur der pakistanische Verteidigungsminister Khawaja Asif klang weniger begeistert über die westliche Einmischung. Die Terroristen hätten nichts mit islamischer Religion zu tun, sie seien Kriminelle. Die Frage, ob die militärische Gewalt nicht kontraproduktiv war und Elend in die Region gebracht habe, sei offen. Zwar seien die Anschläge derzeit zurückgegangen, aber nun müsse man die Opfer der Interventionen prüfen.

Eine andere Sprache als Gewalt verstehen Terroristen nicht, heißt es unversuchter Weise. Welch verstörender Gedanke: Terrorismus, dieser auf teuflische Weise politisch erzeugte Homunkulus, kann nur politisch gebändigt werden. Indem man nämlich mit diesen selbsterzeugten, vermeintlichen Ungeheuern redet. Terrorismus ist ein Schrei, der gehört werden will.

Was aber, wenn diese, oft gekauften und vom Ausland hochgerüsteten Söldner, tatsächlich nicht zu stoppen sind. Am 11. September 2013 veröffentlichte die New York Times einen offenen Brief Putins an das amerikanische Volk. Gewalt hat sich als unwirksam und sinnlos erwiesen, hieß es darin. Es war ein geradezu flehender Appell, zum Weg zivilisierter, politischer Vereinbarungen zurück zu kommen, das Völkerrecht einzuhalten

und militärische Interventionen wegen innerer Konflikte in anderen Ländern zu unterlassen. Doch das Morden der von den USA, Saudi Arabien und anderen mitfinanzierten islamistischen Terroristen ging weiter.

Der UN-Syrienbeauftragte Staffan de Mistura sagte bewegt, er habe noch nie einen so grausam ausgetragenen Konflikt gesehen, mit mittelalterlichen Belagerungen von beiden Seiten. Daesh und al-Nusra seien die Feinde von uns allen. Die Russen hätten die selbe Priorität, „sie haben was geleistet“. Das russische Militär habe vermieden, dass es in Aleppo zum Allerschlimmsten gekommen sei und nochmals 100 000 Flüchtlinge in Bewegung gesetzt würden. Der Waffenstillstand halte besser, als bei früheren Versuchen. Es bedürfe jetzt einer Verfassung, die von Syrern und nicht von Ausländern geschrieben würde und Wahlen unter UN-Aufsicht. Die UN-Resolution 2254 zum politischen Übergang sei seine Bibel, sein Koran. Konstantin Kosachev, Chef des Auswärtigen Ausschusses im russischen Parlament, kritisierte, dass zur Unterstützung dieses Prozesses niemand aus Damaskus auf der Konferenz sprechen könne.

Von mindestens 400 000 Toten in den Jahren vor dem russischen Eingreifen in Syrien geht der UN-Sondergesandte Staffan de Mistura aus. Aktivisten zufolge, schrieb die Zeit, soll Russland mit seiner Offensive dann für 10 000 Tote verantwortlich sein. Ist das ein zu rechtfertigender Preis für die Befreiung von Aleppo und die jedenfalls vorläufige Eindämmung der Gewalt in Syrien? Darf man überhaupt so fragen? Ich weiß es nicht. Bringt das nicht alle Überzeugungen auch der Friedensbewegung durcheinander, wonach Krieg niemals Mittel der Politik sein darf? Oder war das legale Hilfe für die Verteidigung der Regierung, ein Befreiungskrieg, um den Zerfall Syriens zu einem weiteren failed state zu vermeiden? Dominiert von strategischen Inte-

ressen Russlands, aber vielleicht doch ein Beginn für einen langwierigen Prozess der Befriedung? Der der NATO noch nirgends gelungen ist? Wird das Schicksal des Nahen Ostens jetzt vom fernen Trump-Kurs abhängen? Gewissheiten sind rar geworden. Frühere Gewissheiten waren allerdings oft auch nicht besser.

Eigene Zweifel sollten offen debattiert werden, denn hinter vorgehaltener Hand braut sich nur Unheil zusammen. Ein Beispiel aus jüngster Zeit. Am 7. Februar meldeten die Medien knapp, dass die Dienste nach einjähriger Untersuchung keine Beweise für russische Desinformationskampagnen gegen die Bundesregierung gefunden haben. Nur feindselige Berichterstattung auf RT Deutsch und Sputnik News. Die Art von russischen Faktenchecks eben.

Putlitzer Preisträger Seymour Hersh kritisierte die US-Medien für die unkritische Übernahme der russischen Hacker-Story der Geheimdienste. Wenn es nicht genügend Beweise gäbe, um jemanden vor ein US-Gericht zu stellen, dann gäbe es auch nicht genügend Gründe, um Sanktionen gegen eine Atommacht zu verhängen.

Der Republikanische Senator Lindsey o. Graham kündigte an, man werde Präsident Trump wegen Russlands hybrider Kriegsführung und dessen Expansionismus einen neuen Plan für Sanktionen auf den Schreibtisch legen. Sein Versprechen, man werde die russischen Einmischungen nicht durchgehen lassen, brachte ihm Beifall im Plenum der Sicherheitskonferenz. „2017 ist das Jahr, in dem wir Russland in den Hintern treten müssen.“

Der unbewiesene Vorwurf, Trump sei mit Hilfe russischer Hacker an die Macht gekommen, bleibt fatal. Falls dieser Präsident je die Absicht hatte, das Verhältnis zu Russland zu entspannen, wird er sich das nun gut überlegen müssen. Jeder Versuch wird als Beweis dafür gewertet werden, wie abhängig

ihn der den Russen geschuldete Dank macht. Dabei lohnt es, sich zu erinnern, worin genau die Wahlbeeinflussung bestanden haben soll. Es ging bei diesen unbekanntem Hackern weder um Fake News, noch um die wirklich widerwärtigen, egal ob echten oder gefälschten Sex-Videos, für die das prüde Amerika so anfällig ist. Es ging um Mails der Demokraten zu ihrer Taktik im Wahlkampf, speziell zur Abdrängung von Bernie Sanders. Wahlfälschung durch Veröffentlichung der Wahrheit? Weil es nur auf einer Seite geschehen ist? Vielleicht. Doch wann sind Hacker eigentlich Whistleblower, die öffentlich machen, was Wähler wissen sollten?

Das nicht zufällig kurze Gedächtnis der Medien hat längst in Vergessenheit geraten lassen, dass die Russen allen Grund hätten, den Amis eine schicksalhafte Wahlbeeinflussung in Moskau heimzuzahlen. Denn

berücksichtigen würde. Als Jelzins Popularität auf fünf Prozent abgesunken war, zogen US-Experten ins Moskauer Hotel „President“. Zu diesem Team gehörten Bill Clintons Wahlhelfer Richard Dresner und der PR-Mann Steven Moore.

Diese rieten zu einer Diffamierungskampagne gegen den kommunistischen Gegenkandidaten Sjuganow, u.a. durch „Wahrheitsschwadronen“, die ihn auf seinen Veranstaltungen mit (damals noch nicht so genannten) Fake News aus der Fassung bringen sollten. Jelzin willigte ein, als zentrale Botschaft die Gefahr eines Bürgerkrieges zu beschwören, falls die kommunistische Mangelwirtschaft wiederkehre. Bis dahin hatten die Staatsmedien Jelzin wegen seines Tschetschenien-Krieges verdammt – wie von Zauberhand brachten die großen Fernsehsender in der Woche vor der Stichwahl 158 kritische Beiträge zu Sjuganow und

Erfolg, hieß es dort. Man konnte auch noch Meinungsfreiheit demonstrieren, Kritik an solchen Machenschaften war nicht zu erwarten. Inzwischen war eine Kaste russischer Oligarchen mächtig geworden. In der Amtszeit dieses protegierten Präsidenten halbierte sich das Nationaleinkommen, bis Russland 1998 zahlungsunfähig war.

2. Die Interessen der anderen Seite zur Kenntnis nehmen

„Die Grundprinzipien der europäischen Friedensarchitektur“ sind eben nicht erst durch die „Anexion der Krim“ in Frage gestellt worden, wie unser alter Außenminister und neuer Bundespräsident beklagte, sondern mit solchen Einmischungen und spätestens 1999 durch die NATO. Auch damals ging es um Separatisten – kroatische, slowenische, vom Westen unter-



die Amerikaner hatten 1996 Boris Jelzins Wahlfeldzug organisiert. Sie hatten alles Interesse daran, dass der Mann wiedergewählt würde, der mit der Schocktherapie des Washington Consensus, also Privatisierung und Deregulierung, die Wirtschaft des Kontrahenten ruinieren und eigene Interessen

114 positive zu Jelzin. Für Jelzins Wahlkampf waren 100 Millionen Dollar von privaten Sponsoren eingegangen. Nach seinem Sieg schilderte das US-Magazin Time am 15.7.1996 detailgenau, wie man sich massiv in Russlands innere Angelegenheiten eingemischt hatte: Verdeckte Manipulation führt zum

stützt, auch um russischen Einfluss zu schwächen. Vier Jahre nach dem Gemetzel in Srebrenica, als die Konflikte längst weitgehend unter Kontrolle waren, hat der Westen mit aktiver deutscher Beteiligung unter dem fadenscheinigen Vorwand einen Völkermord verhindern zu wollen, einen sinnlosen, zerstö-



rerischen Angriffskrieg gegen Restjugoslawien geführt. Wochenlang wurde eine europäische Hauptstadt bombardiert.

Da spielten das Völkerrecht und territoriale Unversehrtheit keine Rolle, da wurden vom Verbündeten Russlands Gebiete abgetrennt, neue Grenzen gezogen und im Kosovo ungefragt die größte ausländische Militärbasis der US-Armee errichtet. Die interessengeleitete Demagogie des Westens in diesem Konflikt war, der Ukraine weiszumachen, ein Assoziationsabkommen mit dem traditionell verbündeten Russland sei eine Entscheidung gegen Europa und gegen Demokratie und müsse daher bekämpft werden. Als ob die kulturell gesplante Ukraine nicht friedliche Beziehungen zu beiden Seiten hätte haben können.

Durch den vom Westen beförderten Machtwechsel in Kiew war plötzlich der Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte gefährdet, den Zarin Katharina 1783 in Sewastopol begründete. Seine Rückeroberung von der deutschen Wehrmacht 1944 durch die Rote Armee hat einen hohen Stellenwert im russischen Geschichtsbewusstsein. Der andererseits als Russlandversteher beschimpfte Steinmeier hatte

gemahnt, dass den Deutschen die Erfahrung der schuldbeladenen Vergangenheit nicht verloren gehen dürfe.

Der deutsche Angriff auf die Sowjetvölker hat mehr als doppelt so viel Menschenleben ausgelöscht, wie im ganzen übrigen Europa. Wenn nicht billigen, so könnte man doch bedenken, warum die von den Bewohner der Krim gewollte Abtrennung als Akt verteidigungspolitischer Notwehr gesehen wird. Nötig, bevor man durch weitere Landnahme der NATO nicht mehr handlungsfähig ist. Von Sewastopol bis Moskau sind es nur 1270 km – was eine BGM-109 Tomahawk Rakete mühelos erreicht, auch mit atomarem Gefechtskopf.

Die russischen Streitkräfte auf der Krim haben die ihnen im Vertrag mit der Ukraine zugebilligte Obergrenze von 25 000 Mann nie überschritten. Es gab keinen Grund, da auf der Krim kein Schuss und kein Tropfen Blut fiel. Die Frage, ob im Völkerrecht das Selbstbestimmungsrecht der Völker oder die Unverletzlichkeit der territorialen Souveränität Vorrang hat, ist offen. Die Rückkehr zu kaum lebensfähiger, nationalistischer Kleinstaaterei wie im einstigen Jugoslawien ist sicher ein Anachronismus in

der globalisierten Welt. Wenn aber durch Kriege und koloniale Arroganz willkürlich gezogene Grenzen auch nach Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten bei der Bevölkerung keine Akzeptanz finden, dann wären verbindliche internationale Spielregeln für Autonomie bis zu mehrheitlich gewollter Separation womöglich hilfreich, um Blutvergießen zu vermeiden. Dann hätte man jetzt zum Beispiel ein Druckmittel gegen die Regierung in Kiew, den im Minsker Abkommen vor zwei Jahren mit sofortiger Wirkung vorgesehenen Sonderstatus im Donbass, mit nachfolgender Verfassungsänderung, auch durchzusetzen.

Der russische Außenminister Sergey Lavrov zeigte sich vom Konferenzgeschehen genervt. Die NATO sei eine Institution des Kalten Krieges im Denken und im Herzen geblieben. Dies zeigten auch Erklärungen auf dieser Bühne. Der gesunde Menschenverstand sei für Russophobische Elemente geopfert worden. Ein Eliteclub von Staaten regiere die Welt. „Unsere Vorschläge zum NATO-Russland-Rat sind nicht beantwortet worden.“ In der Ostukraine hätten beide Seiten den Waffenstillstand verletzt, aber der Westen blende in einer Art Selbstzensur die zivilen Opfer und die viel stärkere Zerstörung der Infrastruktur durch ukrainische Milizen aus. Der Mangel an Informationen sei das Hauptproblem. Russland wolle die volle Umsetzung des Minsker Abkommens, mit Verfassungsreform, Amnestie, Begnadigung der Maidan-Aktivisten, Wahlen und Wiedereinsetzung der Regierung im besetzten Gebiet. Aber Russland werde die ganze Schuld unterstellt, man höre nur Anschuldigungen, keine Fakten.

Der frisch gekürte Außenminister Sigmar Gabriel fragte, ob „unser Politik-Verständnis“ noch kompatibel mit der heutigen Welt sei. Krieg sei leider als Instrument der Politik zurückgekehrt. „Die Außenpolitik muss der Verteidigungspoli-

tik voran gehen, nicht umgekehrt.“ Während Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen sich ungeachtet Trumpscher Tiefschläge als Transatlantikerin „ohne Wenn und Aber“ anbot und von der endlich gelungenen Kehrtwende zu mehr Aufrüstung schwärmte, warnte Gabriel, dass mehr Militärausgaben nicht zwangsläufig mehr Sicherheit brächten. Deutschland gäbe jährlich 30 bis 40 Millionen Euro für Flüchtlinge aus, weil militärische Interventionen schief gegangen seien. Dies sei auch Stabilisierung. Er verspüre „keine Glückseligkeit über eine neue Aufrüstungsspirale“. Die Richtung sei klar, wurde er dann doch kleinlaut, aber kurzfristig wisse er nicht, woher er das Geld nehmen solle.

3. Wie kommen wir zu einer gemeinsamen Friedenspolitik?

Der Stein der Weisen ist nicht in meinem Besitz. Über diese Frage aller Fragen müssen wir schon gemeinsam nachdenken. Der Frieden betrifft uns alle so existentiell, dass man ihn nicht allein den Politikern überlassen kann. Auch nicht den Teilnehmern der Münchner Sicherheitskonferenz. Auch uns nicht – aber die Gefahr besteht ja kaum. Die Mächtigen müssen von der Militärlogik zu ziviler Logik zurück finden - wer würde da widersprechen. Denkt man. „Wenn eine Idee mit einem Interesse zusammenstößt, ist es allemal die Idee, welche sich blamiert“, so die zeitlose Einsicht von Friedrich Engels.

Der Gewinn des internationalen Waffenhandels beträgt so viel wie das Einkommen der Hälfte der Weltbevölkerung. Zumindest diese Hälfte ist ziemlich sicher dagegen – aber welchen Einfluss hat sie? Krieg wird sein, solange auch nur ein Mensch am Krieg verdient, prophezeite Bertolt Brecht. Denkbar aber ist, eine Ordnung zu schaffen, in der Frieden das bessere Geschäft ist. Schwerter zu Pflugscharen. Gemeinwohl vor Eigennutz.

Die Realität könnte davon weiter

nicht entfernt sein. Die Ausgaben aller NATO-Staaten für Verteidigung betragen über eine Billion Dollar im Jahr. Seit Existenz der NATO ist aber kein Verteidigungsfall eingetreten. (Den Kampf gegen die Schwerstkriminalität terroristischer Anschläge zum Krieg zu erklären und so jahrelang vor allem Unschuldige zu töten, ist selbst kriminell.) Es gibt keinen einzigen Fall, in dem das gewaltsame Eingreifen dieses US-dominierten, größten Militärbündnisses der Welt, nicht vielfach mehr Menschenleben gekostet hat, als zu schützen vorgeben wurde. Kein einziger Fall, in dem alle in der UN-Charta geforderten Voraussetzungen erfüllt gewesen wären. Die Menschenrechte wurden zu einem ideologischen Instrument degradiert, um in deren Windschatten mit Gewalt geostrategische Macht zu erobern. Keine bewaffnete „humanitäre Intervention“ hat Humanismus gebracht. Die angeblich „friedens erzwingenden Maßnahmen“ haben nur Hass und Fundamentalismus erzwungen. Das ist das Gegenteil von Sicherheit. Das rückt ganze Teile Europas in nationalistische Abwehr.

Der neue US-Verteidigungsminister James N. Mattis, der früher NATO-Funktionen innehatte, versprach, die Abschreckung der NATO zu verstärken, eine „verstärkte Vorwärtspräsenz“.

„Die NATO dient dazu, unseren Lebensstil zu bewahren.“ Dies war der zweite Schlüsselsatz auf dieser Konferenz. Wessen und welchen Lebensstil genau? Verteidigung nicht mehr als Schutz vor kriegerischer Gewalt, sondern als Behauptung der eigenen, elitären Ansprüche gegenüber dem Rest der Welt.

Alle sind schuldig, vor allem wir Politiker, bekannte Putin vor nunmehr 15 Jahren in seiner heute verdrängten Rede vor dem Bundestag. Wir hätten es noch nicht gelernt, uns von den Stereotypen des Kalten Krieges zu befreien. Soviel selbstkritisches Entgegenkommen

hört man von westlichen Politikern selten. Ohne eine moderne europäische Sicherheitsarchitektur lasse sich kein Vertrauensklima schaffen, so Putin. Doch von einem Bündnis unter Einbeziehung Russlands wollte die NATO nichts wissen. Sie setzte auf verharmlosend „Abschreckung“ genannte existentielle Bedrohung: bis zu Bundeswehreinsetzungen in Ex-Sowjetrepubliken, in denen einst die Wehrmacht wütete. Wandel durch Annäherung hat zu Entspannung geführt, nicht Wandel durch Abschreckung. Russland ist kein Gegensatz zu Europa, sondern sein Bestandteil. Bis zum Ural auch geografisch. Seine Kunst hat die europäische tief beeinflusst: Dostojewski, Tolstoi, Bulgakow, Eisenstein, Tschaikowski, Schostakowitsch, Chagall, El Lissitzky und ungezählte andere, bis heute. Europa verstümmelt sich mit der Absonderung von Russland – kulturell, ökonomisch, touristisch, menschlich. Europa ist auf Russland angewiesen, um in Frieden zu leben.

Doch auf dieser Konferenz ging es nicht um Annäherung oder Entspannung, viele Redner setzten stattdessen auf Abschreckung und Aufrüstung. Zu den Sponsoren der Tagung gehören traditionell die Rüstungskonzerne Krauss-Maffei Wegmann, MBDA und Lockheed Martin. Auch aus dem Etat für „sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit“ des Verteidigungsministeriums kam eine halbe Million Euro.

Doch, es gab abweichende Meinungen, auch aufschlussreiche site-events, etwa zur Klima-Bedrohung. Oder erstmalig ein nobles literarisches Rahmenprogramm mit drei Nobelpreis-Trägern. Die eigentlichen Gespräche fanden in den Hinterzimmern statt, ohne Öffentlichkeit. Sie können hilfreich sein, für wen aber – das erfährt man nicht. Was auf offener Bühne stattfand war inszenierte Glasnost, ohne Perestroika. Die Logik der Militärs hat die Oberhand, das ist mehr als beunruhigend, es ist hoch

gefährlich.

Es ist höchste Zeit über andere Ansätze nachzudenken. Gerade angesichts einer sogenannten Sicherheitskonferenz. Der von den Nazis umgebrachte Theologe Dietrich Bonhoeffer dachte wahrlich christlich-abendländisch: „Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Friede muss gewagt werden, ist das eine, große Wagnis, und lässt sich nie und nimmer sichern. Friede ist das Gegenteil von Sicherheit.“ Frieden ist der feste Wille, miteinander auszukommen. Weil die übergroße Mehrheit der Menschen im Krieg nichts zu gewinnen hat, aber alles zu verlieren. Das Wagnis liegt in der Bereitschaft, sich gegenseitig zu vertrauen. Indem man die Interessen des anderen respektiert, also gleichberechtigt zusammenarbeitet, sich beim Ringen um Einfluss nicht übervorteilt. Dazu gehört die Fähigkeit, sich selbst

als belastet anzusehen und Kritik an der Gegenseite ohne einseitige Schuldzuweisungen vorzubringen. Unsere Freiheit wird am Humanen verteidigt, nicht am Hingekuschten – diesem Machtkampf um Energie und Einfluss.

Krieg ist die exzessivste Form von Terrorismus. Er ist seit 1929 für alle Zeiten völkerrechtlich geächtet. Die wichtigsten Unterzeichnerstaaten haben sich nicht daran gehalten.

Demokratie heißt auch selber schuld sein. Wenn wir uns angesichts all der Kriege, all der vermeintlichen Schutzverantwortung, die nur die Interessen der Macht schützt, nicht schuldig fühlen, fühlen wir uns auch nicht als Teilhaber einer Demokratie. Obwohl wir Aktivbürger die Verfehlungen, die mit unserem Geld in unserem Bündnis gemacht werden, so gut wie nicht verhindern können, sind

wir doch zuständig dafür. Eine gesellschaftliche Debatte über all das gibt es kaum. Die Kampagne Stopp Ramstein mobilisiert derzeit immerhin viele Menschen. Die Friedensbewegung scheint sich von interessierter Seite nicht mehr spalten zu lassen. Es geht nicht darum, Krieg zu gewinnen. Der Friede muss gewonnen werden.

Die herrschenden Eliten nennen uns gern Steuerzahler. Wir sollen ihre Pläne finanzieren und ansonsten nicht weiter stören. Als aktive Bürger sind wir nicht gefragt. Unseren Drang nach Freiheit sollen wir als Konsumenten austoben. Für hinreichend Waren und Zerstreuung ist gesorgt. Das funktioniert leider recht planmäßig. Der schon zitierte Brecht hat die Obrigkeit beim Wort genommen: „Man hat gesagt, die Freiheit entsteht dadurch, dass man sie sich nimmt. Nehmen wir uns also die Freiheit, für den Frieden zu arbeiten!“



Die Neurosenheimer

Katrin Zellner Marita Gschwandtner Katrin Stadler Tobias Hegemann

Fabian Scheidler

Risse in der Megamaschine

Systemisches Chaos und Wege zu einer gerechteren Weltordnung



17. Februar 2017 (vom Autor redigierte Fassung)

Die Welt ist aus den Fugen: Das ist eines der wenigen Dinge, bei denen man vielleicht mit den Organisatoren der Münchner Sicherheitskonferenz einig sein kann. Wir haben es mit einer systemischen Krise zu tun, die sich auf verschiedenen Ebenen abspielt. Wir haben eine Krise des Erdsystems, des globalen Systems, das unser aller Leben und sämtliche Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme, die es geben kann, erhält. Es ist das größte System, über das wir uns sinnvoller Weise Sorge machen können – und es gibt Grund zur Sorge. Ich will von den vielen Punkten, die man dazu sagen könnte, nur einen nennen, der das Klima betrifft. Im Laufe der letzten zwei Jahre sind zwei Studien herausgekommen, die übereinstimmend sagen, dass große Teile des Nahen und Mittleren Ostens im Laufe der nächsten 50 bis 70 Jahre unbewohnbar werden durch die Effekte des Klimawandels, einfach weil es dort zu heiß wird, unerträglich heiß, sich der Wassermangel verschärft und vieles mehr.

Wir wissen heute schon, dass der Syrienkonflikt durch den Klimawandel mit verursacht wurde,

weil bis zu einer Million Menschen ihre Heimat verlassen mussten, ihr Land aufgeben mussten wegen der größten Dürre seit es in Syrien überhaupt Aufzeichnungen darüber gibt. Wir haben neben der Klimakrise – und das ist nicht nur eine Klimakrise, sondern eine Krise des Lebens auf der Erde – auch eine Krise unseres Wirtschaftssystems, der Weltwirtschaft. In den Wirtschaftswissenschaften läuft das unter dem Begriff „säkulare Stagnation“. Dieses Wortungetüm sagt einfach, dass der Kapitalismus nicht mehr rund läuft. Das hat etwas damit zu tun, dass sich der Kapitalismus in den letzten 30 Jahren des Neoliberalismus in gewisser Weise zu Tode gesiegt hat.

Es ist sehr erfolgreich gewesen, Arbeitsplätze in Billiglohnländer zu verlagern, die Gewinne in Steueroasen zu verschieben, Gewerkschaften zu schwächen, Löhne zu drücken und vieles mehr. Für einige, die Reichsten, und für die großen Unternehmen war das eine erfolgreiche Strategie, aber für das Gesamtsystem ist das fatal, weil den Leuten einfach am Ende des Tages die Kaufkraft fehlt, um die gesamten Produkte noch zu profitablen Preisen aufzukaufen. Und die Masse von Produkten und

Dienstleistungen muss ja im Kapitalismus immer weiter wachsen.

Und aus diesem Grund haben wir eine systemische ökonomische Krise, die sich z.B. darin äußert, dass wir inzwischen über 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in großen Teilen Südeuropas haben – von anderen Teilen der Welt ganz zu schweigen. Die sich darin äußert, dass die Ökonomie im wesentlichen die großen Gelder in die Finanzmärkte verschiebt, die Blasen produzieren, die dann platzen. Als Folge davon gibt es eine extrem wachsende Ungleichheit auf der Welt in fast allen Ländern der Erde, und daraus wiederum resultiert das politische Chaos, das wir im Moment in sehr vielen Ländern der Erde sehen: in Europa, in den USA, in Indien, auf den Philippinen und so weiter. Darüber hinaus sehen wir auch, dass eine Erzählung Risse bekommt und vor unseren Augen in sich zerfällt, nämlich die Erzählung vom endlosen Fortschritt durch die Gaben der westlichen Zivilisation. Diese Erzählung hat 200 Jahre funktioniert, aber inzwischen ist die Zahl der Menschen, die tatsächlich glauben, dass sie und ihre Kinder ein besseres Leben haben werden, verschwindend gering geworden. Wir haben weiterhin eine Krise der US-Hegemonie. Seit dem Zweiten Weltkrieg sind die USA die stärkste Macht auf der Welt – militärisch, finanziell und in vielen anderen Gebieten.

Aber wir sehen spätestens seit dem Desaster des Irakkriegs einen Zerfall der US-Hegemonie. Wir sehen auch einen moralischen Zerfall der US-Hegemonie, die noch nie schön war, aber die Bilder von Abu Graib

und Guantanamo haben tatsächlich die moralische Kompetenz der USA noch weiter untergraben. Die Finanzkrise 2008 hat auch die ökonomische Position der USA geschwächt und wir stehen also vor der Frage, ob wir tatsächlich eine multipolare Weltordnung bekommen. Es gibt inzwischen auch immer mehr Stimmen, die sagen, dass die USA sich in Richtung eines failed States bewegen, und das sind nicht irgendwelche Leute.

Dazu gehören z.B. James Clapper, der bis Januar Chef der National Intelligence in den USA war, der Dachorganisation der amerikanischen Geheimdienste; der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman und viele mehr. Sie sprechen davon, dass die USA aufgrund der extremen sozialen Polarisierungen und aufgrund der Tatsache, dass das Vertrauen in die politischen Institutionen in Amerika weitgehend zusammengebrochen ist, dass die amerikanische Gesellschaft sich möglicher Weise auf einen failed State zubewegt. Die Folge von all diesen systemischen Krisen ist, dass wir uns in eine chaotische Übergangszeit hinein bewegen, in eine systemische Krise, die mit enormen Gefahren verbunden ist. Gefahren auch von mehr Konfliktpotential, von Kriegen, einer Übergangszeit, die aber auch Chancen bietet. Und darauf will ich im späteren Teil meines Vortrags zurückkommen.

Jetzt schauen wir uns aber kurz an, wie diese Krisen von der Münchner Sicherheitskonferenz dargestellt werden. Wir lesen im aktuellen Munich Security Report, der Hauptpublikation der Konferenz, von „Cracks in the liberal international order“ also Rissen in der freiheitlichen internationalen Ordnung. Es ist sehr interessant, dass die Organisatoren der Konferenz die Ordnung, die wir seit 1945 haben, die US-hegemoniale Ordnung, als freiheitlich und überhaupt als eine Ordnung bezeichnen. Wir müssen uns fragen, Freiheit und Ordnung für wen? Für die acht Personen, die heute so viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung? Für sie ist es bestimmt eine

freiheitliche Ordnung. Aber ist es auch eine freiheitliche Ordnung für die Menschen im Kongo, in Indonesien, Chile, Brasilien und Dutzenden anderer Länder, deren demokratisch gewählte Regierungen seit 1945 durch Putsch und verdeckte Operationen von westlichen Geheimdiensten gestürzt wurden, mit unermesslichem Leid, das seither daraus folgt?

Wie steht es um die Bewohner in Diktaturen wie Ägypten oder Saudi Arabien, die seit Jahrzehnten vom Westen gesponsert und aufrecht erhalten werden? Genießen die Bewohner Afghanistans, Iraks, Libyens oder Somalias, die seit 2001 vom Krieg gegen den Terror heimgesucht wurden, der weiteres unermessliches Leid über diese Länder gebracht hat und unendlich viel mehr Terror erzeugt hat, als je vorher da war, eine freiheitliche Ordnung? Oder die Millionen von Menschen – 60 Millionen sind es im Moment – die auf der Flucht sind vor diesen Kriegen, vor Klimachaos und wirtschaftlichem Ruin, von denen zehntausende an den Grenzen der Festung Europa gestorben sind und sterben? Es ist eben nicht nur Trump, der eine Mauer baut, es ist auch die Europäische Union, die dies an ihren Grenzen tut. Wir dürfen uns auch erinnern, dass diese freiheitliche, diese liberale Ordnung, wie die Münchner Sicherheitskonferenz sie nennt, in der Zeit seit 1945 zwei Methoden bereit gestellt hat, um die Menschheit und große Teile des Lebens auf der Erde auszulöschen: die Atomwaffen und das Klimadesaster. Keine andere Zivilisation hat das bisher zu Stande gebracht. Diese freiheitliche Ordnung erzeugt Unfreiheit und Chaos auf der Welt. Und deswegen muss sie grundsätzlich geändert werden.

Ich kann das hier nur ganz kurz skizzieren. Wir brauchen eine Tiefentransformation der ökonomischen Strukturen, einen Abschied von dem Prinzip der endlosen Geldvermehrung. Dieses Prinzip dominiert Europa seit 500 Jahren und inzwischen die ganze Welt. Es ist das übergeordnete

Prinzip dessen, was ich die Megamaschine nenne, was andere das moderne, kapitalistische Weltsystem genannt haben: aus Geld mehr Geld zu machen, um jeden Preis.

Wir brauchen viel Kreativität und wahrscheinlich lange Kämpfe, um aus dieser tödlichen Dynamik auszusteigen, denn sie ist es auch, die letztlich die Staaten aufeinander hetzt und uns Kriege beschert. Wir müssen uns also auf die Suche nach einer postkapitalistischen Ökonomie, einer gemeinwohlorientierten Ökonomie – wie immer man sie nennt - machen.

Das bedeutet auch Abschied vom endlosen Wachstum und einer endlosen Ressourcenausbeutung, die für viele Konflikte maßgeblich verantwortlich ist. Das bedeutet auch Abschied von der Konkurrenz von Nationalstaaten, von militärischer Dominanz, und die Suche nach einer internationalen Ordnung für zivile Kooperation. Und es bedeutet ein Recht auf Migration, eine Ausweitung statt einer Einschränkung der Flüchtlingskonvention und der Asylrechte. Wir müssen endlich Klimaflüchtlinge anerkennen, und zwar nach dem Verursacherprinzip. Die westlichen Industriestaaten sind für den Großteil der historischen CO₂-Emissionen verantwortlich. Und die Menschen, die z.B. in Syrien, aber auch in vielen anderen Teilen der Welt fliehen, weil ihre Länder zerstört werden durch den Klimawandel, sie müssen einen Anspruch darauf haben, in die Länder, die noch bewohnbar sind, migrieren zu können. Wir müssen anders über die sogenannten „Wirtschaftsflüchtlinge“ reden. Warum fliehen sie denn? Es ist im Vortrag von Clemens Ronnefeldt bereits erwähnt worden, dass es in Europa und in den USA tausendfach so viel Vermögen gibt wie in den afrikanischen Ländern. Die Menschen, die aus diesen Ländern fliehen, sind keine Wirtschaftsflüchtlinge, es sind Flüchtlinge vor einer kannibalischen Weltordnung, wie Jean Ziegler sie immer wieder genannt hat. Koloniale und postkoloniale Schulden anerkennen, das bedeutet auch, dass diese Menschen



ein Recht haben zu migrieren und ein Recht, anderswo ein menschenwürdiges Leben neu zu beginnen. Ist das alles utopisch? Ja, vielleicht. Aber ich denke, dass die systemische Krise, in die wir uns hineinbewegen, auch bestimmte Chancen bietet, und darüber will ich jetzt im zweiten Teil reden.

Der Zerfall komplexer, hierarchischer Gesellschaftssysteme muss nicht gleichbedeutend mit Apokalypse sein. Das Weströmische Reich zerfiel – ging unter, wie man immer sagt –, aber dieser Zerfall hat tatsächlich vielen Menschen damals eine Art Befreiung gebracht. Die Sklaverei verschwand aus großen Teilen Europas, und auch die grauenhaften Militärapparate mit 700.000 Soldaten verschwanden. Ich will das Mittelalter nicht idealisieren, ich will damit nur sagen, dass der Zerfall großer hierarchischer Gesellschaftssysteme nicht gleichbedeutend sein muss mit Apokalypse für alle. Aber die Chancen dafür, eine Transformation hinzubekommen, die für die Menschen vorteilhaft ist, eine sozialökologische Tiefentransfor-

mation auf den Weg zu bringen, setzt die Abwesenheit von Krieg voraus. Ohne Frieden ist alles andere nichts. Ich glaube, das haben viele Akteure in den sozialen Bewegungen, in den ökologischen Bewegungen vielleicht noch nicht hinreichend erkannt.

Die meisten wissen es zwar. Aber ich sehe auf den Friedensdemonstrationen heute zu wenige Akteure, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen, die sich für Ökologie einsetzen. Diese Bewegungen sind zerspalten. Wir brauchen also eine neue, viel breitere Friedensbewegung, die erkennt, dass all diese Dinge miteinander zu tun haben und ohne einander gar nicht möglich sind.

Wir haben – Daniela Dahn hat es schon angesprochen – eine massive Kriegsgefahr, die durch die Konfrontation mit Russland kommt aber auch mit China. Und das hat etwas mit der Hegemoniekrise der USA zu tun, die ich schon angesprochen habe. Die große Gefahr besteht, dass die amerikanische Regierung nicht bereit ist, eine multi-

polare Weltordnung zu akzeptieren, und deshalb auf die letzte Karte, die sie hat, auf die militärische Karte – die Hälfte des militärischen Budgets der Welt geht auf das Konto der USA – dass sie auf die militärische Karte setzt – vielleicht auch auf irrationale Weise. Das ist eine enorme Gefahr, das sehen wir in Bezug auf Russland, das sehen wir auch in Bezug auf China.

Der Schwenk des Fokus des amerikanischen Militärs nach Asien („Pivot to Asia“) ist auch unter Obama schon ein Schwerpunkt gewesen. Große Flottenverbände wurden schon damals verlegt. Die Gefahr dabei ist, dass die Amerikaner versuchen, den Aufstieg Chinas als Wirtschaftsmacht, die in absehbarer Zeit die größte Ökonomie der Welt sein wird, mit militärischen Mitteln zu verhindern. Die chinesische Regierung fürchtet das, mit einer gewissen Berechtigung. Es gibt hunderte US-Militärbasen rund um China, und der Konflikt im südchinesischen Meer dreht sich letztlich auch um die Möglichkeit einer Blockade von Handelswegen.



Chinas Ökonomie ist auf den Export angewiesen, auf die Handelswege, die durch das südchinesische Meer hinausführen. Eine Blockade wäre natürlich fatal für die chinesische Ökonomie, aber natürlich auch für die Weltwirtschaft. Aus diesem Grund arbeitet China gerade an einem Riesenprojekt, das sich „neue Seidenstraße“ nennt: Transportwege, Pipelines, Autobahnen, Bahntrassen quer durch den Eurasischen Kontinent. Es fahren jetzt schon Züge von Shanghai nach Duisburg. Iran und Pakistan sollen auch an das System angeschlossen werden. Und einer der Hintergründe ist, damit einer möglichen US-Blockade zu entgehen. Wie immer man darüber denkt, man sieht in jedem Fall, dass die chinesische Führung ihren Hauptfokus nicht auf militärische Konfrontation legt. Das kann sie auch gar nicht. Aber das will sie meines Erachtens auch nicht. Und das hat damit zu tun, dass China ein etwas anderer Akteur auf der Weltbühne ist, was wiederum mit der chinesischen Geschichte zu tun hat. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts hatte China eine prosperierende nicht-kapitalistische Marktwirtschaft und ein relativ friedliches System in Ostasien aufgebaut, das über etwa 500 Jahre relativen Frieden hergestellt hat. Die Aktivitäten des Militärs beschränkten sich im Wesentlichen auf Grenzsicherung. Es gab also nicht diese expansive Dynamik wie sie Europa in dieser Zeit entfaltet hat, diese aggressive

expansive Dynamik.

China hat eine andere Tradition, von der wir immer noch Spuren sehen, obwohl China natürlich längst Teil des kapitalistischen Weltsystems ist, und das gibt Anlass zur Hoffnung. Es gibt Anlass zu der Hoffnung, dass es diesmal nicht – wie immer bisher in der Geschichte der letzten 500 Jahre – zu einem gewaltigen militärischen Konflikt kommt, wenn ein neuer potentieller Hegemon aufsteigt. Wie es der Fall war, als das Britische Empire aufstieg, wie es der Fall war, als das amerikanische Empire aufstieg.

Europa spielt in dieser Situation eine ganz entscheidende Rolle. Wir stehen hier an einem Scheideweg. Es ist schon angemerkt worden, dass die Wahl von Donald Trump als Vorwand benutzt wird, Europa aufzurüsten, Deutschland aufzurüsten. Das Rüstungsbudget soll auf 2% des BIP heraufgeschraubt werden. Es ist sogar von deutschen Atombomben die Rede, in völlig unverantwortlicher Weise. Das ist die eine Möglichkeit: sich in eine neue Spirale militärischer Eskalation hineinziehen zu lassen. Und das ist mit Sicherheit eine tödliche Option in der chaotischen Situation, in der wir uns befinden und die mit Sicherheit noch chaotischer werden wird. Die andere Option, die wir haben, ist eine zivile Rolle für die EU, für Deutschland und andere Länder einzunehmen. Unter anderem in einer Partnerschaft mit China.

Denkbar ist z.B. ein eurasisch-afrikanisches Sicherheitssystem nach dem Vorbild der OSZE anstelle der NATO. Die NATO beruht auf einer exklusiven Logik und auf einer militaristischen Logik, während die OSZE auf einer etwas anderen Logik beruht. Interessanterweise wird die OSZE relativ brach liegen gelassen, die letzten Gespräche sind ergebnislos verhandelt worden. In die NATO dagegen fließen die ganzen Gelder. Wir brauchen also einen radikalen Schwenk. Wenn man eine solche Zusammenarbeit mit Russland und China sucht, bedeutet das nicht, dass man die russische und chinesische Regierung, autoritär wie sie sind, mögen muss. Entspannungspolitik bedeutet nicht, dass man alles, was auf der anderen Seite einer Grenze stattfindet, gutheißend muss. Entspannung bedeutet ja gerade, dass man da, wo Differenzen bestehen, trotzdem dafür sorgt, dass man sich nicht gegenseitig umbringt. Das ist die Voraussetzung für alles andere.

Auch im Nahen Osten gibt es große Möglichkeiten, für Frieden zu sorgen. Aber ich frage mich, wo sind denn die zivilen Initiativen? Wo ist z.B. der Ruf nach einem Stopp aller Waffenlieferungen in die Region? Noch immer beliefern wir Saudi Arabien, und aus Saudi Arabien gehen die Waffen teilweise direkt zum IS und zu anderen Konfliktparteien.

Was ist aus der Idee einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten geworden? Diese Initiative gibt es, aber die wenigsten haben tatsächlich davon gehört, auch weil unsere Journalisten sehr selten darüber berichten. Herr Steinmeier, unser ehemaliger Außenminister und jetziger Bundespräsident, hat sich vor zwei Jahren z.B. dafür ausgesprochen. Aber daraus ist nicht viel hervorgegangen. Da müssen die Energien reingehen. Wie wäre es mit der Idee eines Marshallplans für den Nahen und Mittleren Osten? Auch als Reparation für die gewaltigen Verbrechen und Schäden, die dieser Region durch 200 Jahre westlicher Kolonisation und Ausbeutung angetan

wurden. Was ist mit der Idee einer atomwaffenfreien Zone des Nahen und Mittleren Ostens? Auch diese Initiative gibt es tatsächlich. Sie ist bisher nur noch nicht weit gekommen, unter anderem weil Israel sie boykottiert. Auch Sanktionen gegen Saudi Arabien wegen ihrer Unterstützung von Terrororganisationen gehören dazu. Es gibt sehr viele Möglichkeiten, auf andere Weise in der Region Frieden zu schaffen. Zumindest mittel- und langfristig. Rüstungsreduktion – wir sind im Wahlkampfjahr – muss ein Wahlkampfthema werden, auch die deutschen Waffenexporte zu stoppen als drittgrößter Waffenexporteur.

Die Abschaffung von Atomwaffen ist ein weiteres zentrales Thema. (Ans Publikum:) Wer von Ihnen kennt die Organisation ICAN? – Das sind hier relativ viele, weil Sie überwiegend friedensbewegt sind. Sonst kennt sie kaum jemand, selbst unter den politisch Interessierten. Es ist möglicher Weise die wichtigste Organisation der Welt, denn sie kämpft seit langer Zeit dafür, dass Atomwaffen abgeschafft werden. Tatsächlich gibt es Erfolge. Am 23.12. letzten Jahres, kurz vor Weihnachten, hat die UN-Vollversammlung beschlossen, einen Verhandlungsprozess für die sofortige Abschaffung von Atomwaffen auf den Weg zu bringen.

Im Vorfeld haben allerdings die USA ihre Verbündeten aufgefordert, den Prozess zu boykottieren. Ich zitiere aus einem NATO-Papier, das auf das Pentagon zurückgeht:

„Anstrengungen, Verhandlungen über eine rasche Abschaffung von Atomwaffen zu beginnen, stehen im Widerspruch zur NATO-Politik.“ Die Bundesregierung hat gehorsam gegen die Resolution zur Abschaffung von Atomwaffen gestimmt. Die Begründung ist absurd, sie sagt: Ja, wir sind gegen Atomwaffen, wir wollen eine atomwaffenfreie Welt, aber nicht jetzt. Das ist bemerkenswert, immerhin geht es um unser aller Überleben. Das müsste Nachrichtenthema Nummer Eins sein um 20 Uhr oder bei Anne Will. Über diese Abstimmung habe ich aber nichts in den Nachrichten gehört.

Wir brauchen außerdem ein Verbot von Kriegsrobotern, den sogenannten Lethal Autonomous Weapon Systems – den tödlichen autonomen Waffensystemen. Das sind diese ganzen Drohnen und Tötungsmaschinen, die enorme Gefahren darstellen. Die deutsche Regierung hat derzeit eine butterweiche Position dazu.

Um diese Dinge zu erreichen, brauchen wir tatsächlich eine neue belebte, neu gestärkte Friedensbewegung, die sich verbindet mit der Klimabewegung und den Bewegungen für soziale Gerechtigkeit. Wir müssen über unsere Milieugrenzen hinausgehen. Ich beobachte immer wieder in politischen Verhältnissen, dass wir uns alle in Blasen bewegen. Wir kennen vor allem Leute, die unserer Meinung sind. Es ist, glaube ich, eine ganz wichtige Anstrengung, über diese Milieus hinauszugehen. Auch die

Sprache anderer zu lernen. Wir haben unsere eigenen Codes, unsere eigene Sprache.

Es ist wichtig, sich die Mühe zu machen, mal zu schauen, was z.B. die Verdi-Betriebsgruppe macht, die gegen eine Krankenhausprivatisierung kämpft. Vielleicht gibt es da Gemeinsamkeiten. Wir müssen also eine breite Plattform bilden, um unsere Anliegen in dieser extrem brenzligen und kritischen Situation, wo überall aufgerüstet wird, durchsetzen zu können.

Und wir brauchen Friedensjournalismus. Johan Galtung, der Begründer der Friedens- und Konfliktforschung, hat diesen Begriff geprägt. Wir brauchen ihn mehr denn je. Friedensjournalismus heißt z.B., ausführlich darüber zu berichten, dass es eine UN-Initiative zur Abschaffung von Atomwaffen gibt und dass sich die Bundesregierung dagegen stellt. Friedensjournalismus heißt, Falschberichterstattung oder einseitige Berichterstattung zu korrigieren. Indem man z.B. über die Vorgeschichte des Ukraine Konfliktes und vieler anderer Konflikte Dinge erfährt, Zusammenhänge, die wir sonst selten erfahren. Wir brauchen einen Journalismus, der nicht einfach zusammenhangslose Bilder von Konflikten zeigt und das Material der 23 000 PR-Agenten, die im Pentagon arbeiten, verwertet, wir brauchen unabhängige Medien. Und aus diesem Grund habe ich auch vor mittlerweile sieben Jahren Kontext TV mitbegründet, ein unabhängiges Nachrichtenmagazin, das sich mit diesen und vielen anderen Themen beschäftigt. Aber wir brauchen viel mehr davon. Wir brauchen eine sehr breite Basis. Wir sind dabei zu überlegen, einen europäischen Fernsehsender zu gründen, der diese Themen und andere behandelt. Ich komme zum Schluss. Morgen Vormittag gibt es die Gelegenheit noch weiter zu diskutieren, alle diese Dinge zu vertiefen. Vielen Dank.

Weitere Informationen:

www.megamaschine.org

www.kontext-tv.de



Elsa Rassbach

Gewaltfrei gegen Drohnenkrieg



Elsa Rassbach ist in den USA geboren und aufgewachsen. Als Studentin an der Filmakademie in Berlin unterstützte sie den Widerstand gegen den Vietnam-Krieg. In den folgenden Jahren arbeitete sie für 20 Jahre als Produzentin und Autorin für das US-öffentlich-rechtliche Fernsehen.

Seit den 90ern ist sie unabhängige Filmemacherin und Journalistin.

Nach dem Überfall Großbritanniens und der USA auf Irak 2003 organisierte sie Unterstützungskampagnen für US-Soldaten in Deutschland, die Widerstand gegen den Irakkrieg leisteten. Sie arbeitet mit mehreren US-amerikanischen und deutschen Friedensorganisationen zusammen und ist eine der Mitbegründer_innen der deutschen "Drohnen-Kampagne".

Liebe Frau Rassbach, Sie haben das Wort.

In der Folge eine gekürzte Abschrift vom Tonprotokoll ihres Beitrags.

Vielen Dank Clemens, vielen Dank für die beiden wunderbaren Vorträge, die ich gehört habe, für die Musik und auch für die tolle Technik. Die sind unglaublich effizient hier. Hoffentlich klappt alles, aber bis jetzt war es wunderbar.

Mein Vortrag ist eher, was wir in den USA ein „show and tell“ nennen: Ich werde viele Bilder zeigen und ein bisschen dazu erzählen. Denn die Gründe, warum Deutschland so wichtig ist in diesem internationalen Kampf gegen Kampfdrohnen, gegen extralegale Tötungen kann man am besten durch Bilder begreifen.

Und ich bin auch gebeten worden, ein bisschen Geschmack von der US-Bewegung zu geben, was ich auch im Video habe.

Erst mal: Hier bin ich auch, das war im Oktober 2015 in der Nähe von Creech Airbase. Ich bin da in der Mitte. Da haben wir protestiert mit einer relativ kleinen Gruppe von Code Pink. Das ist eine von Frauen gegründete und geleitete

Friedensorganisation, mit der ich seit einigen Jahren zusammenarbeite, die zu vielen Themen in den USA und international arbeitet. Sehr viel zu Drohnen. Erst mal zeige ich ein kleines Video mit einigen der Proteste von Code Pink. Wir arbeiten mit vielen US-Organisationen zusammen. Wir machen das, was alle machen: Lobbying, Unterschriftssammlung, Medienarbeit, aber Code Pink ist auch bekannt für teilweise spektakuläre Proteste, die leider nicht so gute Publicity haben.

(Video mit verschiedenen Zwischenrufen, u.a. zum extralegalen Töten, Hinweis auf Kriegsveteranen und Infos aus dem Außenministerium).

Hier ist eine „Stop-Ramstein“ - Demo im September. Die Rufe am Ende waren „Join us, join us“ (kommt an unsere Seite) und das ist sehr wichtig, denn wir würden sehr wenig über den Drohnenkrieg wissen, auch über die Beteiligung Deutschlands, ohne die

Whistle-Blowers, die militärischen Whistleblowers, die Geheimdienst-Whistleblowers. Und es ist auch so, dass wir versuchen, uns für die Opfer zu engagieren wie auch mit den Soldaten.

Seit 2012 versucht die Bundesregierung, bewaffnungsfähige Kampfdrohnen anzuschaffen, aber das Bewusstsein, wie schlimm die US-Drohnenpraxis ist, war einer der Hintergründe, warum es so schwierig gewesen ist und bis jetzt hat die Bundesregierung noch keine Kampfdrohnen. Hier ist ein Protest, den wir im Bundestag gemacht haben. (Rufe „Kampfdrohnen häckseln, Kampfdrohnen häckseln, auf der ganzen Welt“ gefolgt von einem Satz eines Politikers mit der Aufforderung an die Kolleg*innen zur weiteren Beratung.)

So, das war die Sitzung zu Kampfdrohnen für die Bundeswehr.

Wir haben sehr viel gemacht in Deutschland und auch in der internationalen Arbeit von Deutschland aus mit Code Pink und auch mit anderen Organisationen, die auch gegen Drohnen kämpfen und wir haben auch den globalen internationalen Aktionstag gegen die Nutzung von Drohnen zur Überwachung und Tötung veranstaltet.

Die palästinensische Bewegung war auch dabei.

Unsere internationalen Kampagnen richten sich sehr gegen die Verbreitung der Waffe und gegen die Untergrabung des Völkerrechts und der Menschenrechte durch die Nutzung dieser Waffe.

In Deutschland gab es bis jetzt

wahrscheinlich die intensivste Diskussion gegen die Anschaffung von Kampfdrohnen. Aber jetzt scheint es, dass wahrscheinlich in diesem Jahr ein erster Vertrag unterzeichnet wird durch die Bundesregierung, eine bewaffnungsfähige Kampfdrohne anzuschaffen und insofern kommt auch eine neue Kampflinie für uns. Nicht nur gegen die Anschaffung in Deutschland, sondern gegen die Nutzung: Wie dürfen die benutzt werden? Die zwei Drohnen, die in Frage kommen, sind einerseits eine israelische Drohne. Die sind teilweise getestet worden in Gaza, als lebendige Tests. Und dann auch die US-Reaper-Drohne. Diese Drohnen sind nicht nur zum Schießen, sondern sie kombinieren – und das ist ganz wichtig – eine engflächige Überwachung mit Schießen und sogar die Drohnenpiloten verbringen 98 bis 99 Prozent ihrer Zeit mit Aufklärung und Überwachung und nicht mit Schießen.

Die Kontroverse in Deutschland geht, ob bewaffnungsfähige oder bewaffnete Drohnen. Es gab wenige Kontroversen über Aufklärungsdrohnen und Deutschland hat schon investiert in diesem „Global Hawk“.

Was ich zeigen möchte ist, wie die Arbeit dieser Drohnenpiloten ist. Das ist jetzt eine Rekonstruktion durch Schauspieler von einer der Reihen, wo ich beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen gearbeitet habe, ein naturwissenschaftliches Programm.

Ich denke, das ist ziemlich akkurat. Man müsste denken, diese Droh-

nenpiloten entscheiden gar nichts, sondern der US-Präsident muss angeblich zu jedem Tötungsziel der Drohnen, zumindest wenn es sich um ein Attentat handelt, „Ja“ sagen.

Das sind jetzt die bekannten Ziel-länder von Drohnenangriffen bis 2015 (Karte). Wir sehen, dass Syrien noch nicht auf dieser Karte ist. Syrien ist jetzt auch ein Zielland und es gibt Berichte, dass es sogar in den Phillipinen US-Drohnenanschläge gegeben hat, aber die sind bekannt.

Es weitet sich immer mehr aus, auf immer mehr Länder und ohne Kriegserklärung gegen diese Länder, in vieler Hinsicht auch gegen die Wünsche der Länder. Z. B. in Pakistan weiß ich, dass die Regierung sagt, dass sie dagegen sind.

Was vergessen wird, eigentlich sehen diese Drohnenpiloten sehr wenig. Die Ziele werden verfolgt durch Megadaten, teilweise durch Handys, durch verschiedene Videos und so weiter und es gibt eine sehr große Zahl von Unbekannten, die getötet werden.

Z. B. hat eine Studie herausgefunden, dass im Jemen, in Pakistan bis zu 28 Unbekannte getötet worden sind für jedes Ziel, das getroffen wurde. Und in Afghanistan wissen die USA bei 90% der Opfer gar nicht, wen sie getroffen haben.

Natürlich hilft das überhaupt nichts, sondern schürt nur Hass.

Das ist hier ein Bild, ein Künstlerprojekt in Pakistan: Die hatten ein Riesentransparent auf einem Feld, um zu sagen „es leben hier Kinder,





vergisst nicht, dass Kinder hier leben“. Hier ist ein ähnliches Projekt aus Pakistan, das sagt „Wer hat Schuld an den Drohnenopfern?“

Auch im Gaza-Krieg, obwohl die Israelis sagen, dass sie sehr genau treffen können, sind 164 Kinder durch israelische Drohnen getötet worden, allein in den Wochen im Sommer 2014 im Gaza-Krieg.

Die USA veröffentlichen keine Zahlen, ob es Unbeteiligte oder Beteiligte sind. Manchmal sagen sie, sie haben jemand getroffen, sicher, dann wird es veröffentlicht.

Diese Tafel enthält nichts über Syrien, über Irak, über Libyen, da sind überhaupt keine Infos veröffentlicht. Die Infos, die wir vom Jemen, von Pakistan und von Somalia haben, sind von unabhängigen journalistischen Quellen oder NGO's in Großbritannien. Die überwiegende Zahl ist von Afghanistan. Dabei haben die USA die Hauptrolle gespielt mit Drohnen-Strikes. Großbritannien auch, das sind die blauen. Großbritannien hat ganz lange gesagt, dass sie nicht der US-Praxis folgen würden, was extralegale Tötungen betrifft, aber die haben das geändert im August 2015 in Syrien.

Die Haupt-Basis ist Creech-Airbase, da sind erst mal die ersten Tests, mit bewaffneten Drohnen in

Nevada. Dieser Drohnenkrieg war so geheim, dass er acht Jahre lang nicht bekannt war in der amerikanischen Öffentlichkeit oder im Kongress, von 2001 bis 2008. Es ist überhaupt erst entdeckt worden, dass es Drohnen gibt, diese Waffe und diese Art Tötung, durch Friedensaktivisten aus der

Anti-Atombe-

wegung, die diese Basis betreten haben. Und Creech ist die Zentrale für alle Drohnenanschläge, also alle Infos laufen über Creech. Und dann von Creech nach Ramstein. Und die Rolle von Ramstein war auch ganz lange geheim, viel länger noch, bis 2012, 2013.

Dann sind die ersten Enthüllungen durch US-Whistleblower bekannt geworden. Im ZDF berichtete eine Sprecherin über den ehemaligen Drohnenpilot Brandon Bryant Folgendes (es folgt im O-Ton): „Er wollte nicht mehr helfen, Menschen zu töten. Vor drei Jahren ist der US - Drohnenpilot Brandon Bryant ausgestiegen. Zum ersten Mal sieht er nun die US-Basis in Ramstein, jenen Ort, mit dem er per Datenleitung jahrelang aufs Engste verbunden war.“ (Männerstimme) „Ramstein, airport base“. (Sprecherin): „Die Luftwaffenbasis in Ramstein ist zentral für die Einsätze im Drohnenkrieg auf der ganzen Welt.“

(Elsa Rassbach weiter:) Brandon Bryant hat auch im Untersuchungsausschuss im Bundestag ausgesagt. Lange Zeit hat die Bundesregierung gesagt, sie wissen eigentlich garnicht, was ist, aber jetzt im November 2016 haben sie in einer Anhörung im Bundestag zugegeben, dass Ramstein diese Rolle

spielt. Das sieht folgendermaßen aus: Von Creech aus gibt es ein Glasfaserkabel, das geht nach Ramstein. Sowohl die Bilder als auch die Schießbefehle laufen über dieses Kabel, dann in Satelliten und dann in die Einsatzgebiete, wo die Drohnen eigentlich sind. Es ist eigentlich eine sehr kleine Anlage, man sieht die Fotos hier, die Satellitenstation. Es gibt sehr viele US-Basen, Drohnenbasen, es gibt sehr viele Auslandsbasen, aber das alles nach einem Dokument von Edward Snowden, das veröffentlicht wurde im Jahr 2015, läuft über Creech und Ramstein. Die Basen in den verschiedenen Staaten, Ohio, New York, New Mexiko, Arizona, die laufen über Creech, wenn die Piloten in den anderen Bundesstaaten sitzen, und dann über Ramstein und in das Einsatzgebiet.

Zusätzlich hat Ramstein die Rolle in einem internationalen Netzwerk von Infos, das die USA betreibt, das ein Teil der Zielerfassung ist. Und das ist das „Coming-down-System“, in dem Fall: Zu zweit sitzen die Piloten in einer Gruppe.

Um zum Ende zu kommen: Ich wollte etwas zu Africom zeigen, was wir gemacht haben. Aber erst einmal zeige ich, dass die Reaktion hierzu teilweise die „Stop Ramstein Kampagne“ war. Die erste Demo war im September 2015 und wurde auch, was für uns in den USA sehr wichtig ist, in die Militärzeitschrift „Stars and Stripes“ aufgenommen und relativ positiv aufgenommen.

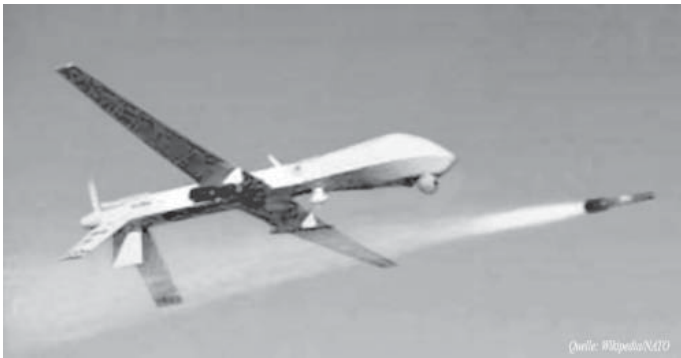
Und dann hatten wir nochmal eine Demo im Juni 2016, wo bis zu 5.000 dort waren.

Es war der bisher größte Protest gegen Drohnen außerhalb Pakistans.

Ich wollte ein bisschen was zu Africom sagen, warum das so wichtig ist. Die USA haben die ganze Welt aufgeteilt in verschiedene Einsatzgebiete, da sitzen die Hauptkommandos, die dann mit dem Pentagon verbunden sind. Ursprünglich war Africom ein Teil von Eucom, die waren zusammen in einem Central Command, aber 2008 hat man

Africom aufgenommen. Beide haben ihren Sitz in Stuttgart. Africom ist nicht für Signale zum Schießen, aber für die Zielauswahl und -erfassung zuständig, die entscheidet, wer getötet werden soll in diesen Ländern, und für den Aufbau von Drohnenbasen in diesen Ländern.

Ich zeige Ihnen als Letztes ein



kleines Video mit Protesten gegen Africom. Es waren wunderbare Proteste, mit „Lebenslaute“ im August 2016 und davor waren wir da (Video mit Rufen, z.B. „stop Africom“).

Am 9. April 2016 haben wir, eine Gruppe von US-amerikanischen Friedensaktivistinnen, zusammen mit den Deutschen protestiert. Nach Beendigung der Mahnwache wollte ich einen Brief von der US-amerikanischen Friedensbewegung an General Rodriguez übergeben, dem damaligen Kommandeur von Africom. Der US-Militärpolizist konnte den Brief leider nicht abnehmen. In dem Fall habe ich den Prozess aber gewonnen.

Stimme eines Sprechers: „Ab 6 Uhr früh protestieren Musiker und Chöre auch an den Nebenzufahrten zu den Kelly-Baracks, dem Hauptstützpunkt von Africom. Etwa 4 Stunden herrscht Stillstand rund um den Militärstützpunkt in Stuttgart-Möhringen.“

Gegen 10 Uhr löst die Polizei die Blockade auf. Anschließend der Marsch zur Hauptpforte. Ein achzigköpfiges Orchester, Musiker aus ganz Deutschland. „Schlussakkord dem Drohnenmord“, so das Motto der Aktionsgruppe Lebenslaute, die den Protest trägt.

(Mit Mozarts Requiem und Musik

aus der Westside – Story gegen den Einsatz von Kampfdrohnen“).

Elsa Rassbach weiter: Eine Sache, was ich noch sagen möchte zu den mutigen Protesten in den USA. Wir haben viel weniger Chancen als Ihr in Europa, diese illegale Kriegsführungsform zu stoppen. Alle US-Präsidentschaftskandidaten waren für

den illegalen Drohnenkrieg, einschließlich Bernie Sanders, außer den ganz Kleinen, für die viele von uns gestimmt haben in der Friedensbewegung, aus der grünen Partei,

sie haben gerade 1 Prozent bekommen. Wir haben wenig Chance innerhalb der USA, diese Facts zu beenden. Der Protest ist eher ein moralischer Protest und richtet sich in gewissem Sinn auch an das Ausland. Wir hoffen, dass Europa und Deutschland vor allem eine Linie zieht.

Die deutschen Drohnen werden übrigens nie dieses Netzwerk schaffen, worin diese Drohne als Waffe überhaupt nützlich ist. Es wird nur für die deutsche Rüstungsindustrie sein.

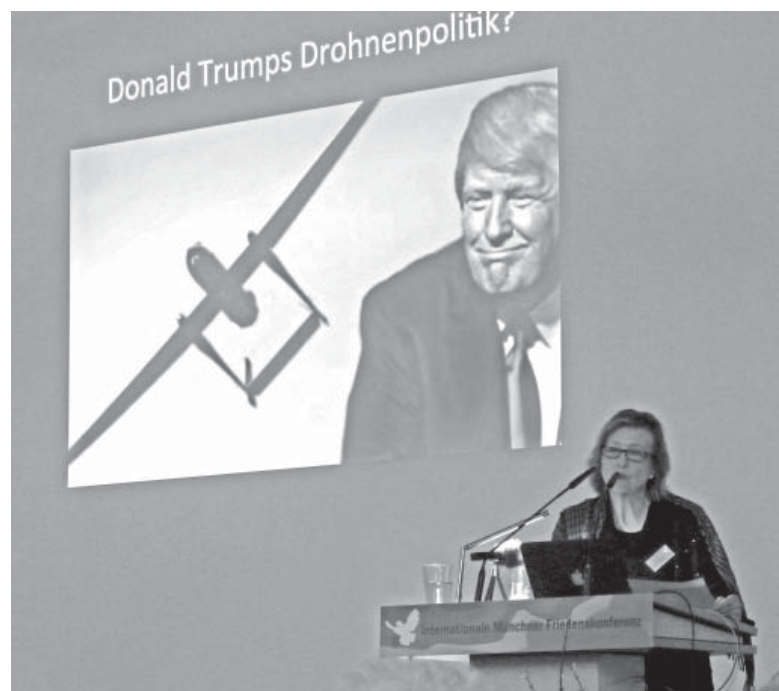
Eigentlich gilt für die Drohnen genau wie für die Atomwaffen, dass wir hoffen, Deutschland würde bei dem Protest dabei sein. Angeblich ist die jetzige deutsche Regierung sogar gegen extralegale Tötungen, aber die definieren das immer um.

Wir brauchen in der US-amerikanischen Friedensbewegung die Unterstützung der ganzen Welt. Wir haben nicht die Macht innerhalb der USA, diese Politik zu beenden. Wir können im Augenblick nur Widerstand leisten gegen das Allerschlimmste.

Im Wahlkampf hat Trump gesagt, er wird noch härter gegen die Muslime vorgehen. Der Flynn, der gerade abgetreten ist, der Sicherheitsberater Michael Flynn, hat gesagt, es ist nicht nur ein Problem mit Terroristen. Der ganzen Religion ist nicht zu trauen, den ganzen 1.7 Milliarden Muslimen ist nicht zu trauen. Die sind nicht nur ein Kollateralschaden, wenn die alle Terroristen sein sollen.

Wir wissen nicht genau, in welche Richtung das gehen wird, aber gerade in diesem Bereich sehe ich weniger Hoffnung als man einmal hatte wegen Trump in Russland.

Internetadressen von Videos von Elsa Rassbach s. S. 32



Krieg und Flucht

Clemens Ronnefeldt, Moderator:

Heute Abend haben wir zwei Personen hier im Raum, die aus Afghanistan und Syrien geflohen sind - zwei Länder, über denen Drohnen eingesetzt werden. Beide sind nicht nur vor den Schrecken des Krieges geflohen. Sie haben sich auch geweigert, an diesen Kriegen teilzunehmen und andere Menschen zu töten.

Ich möchte nun beide auf die Bühne bitten, um Sie nach ihren Motiven zu fragen.

- 1. Was war und ist der Grund, warum Sie Afghanistan bzw. Syrien verlassen haben?*
- 2. Was hat Euch bewogen, keine Waffe in die Hand zu nehmen und nicht zu töten?*

Beide haben ihre Motivation zur Flucht und ihre Eindrücke in einem kurzen Statement niedergelegt:

Beitrag eine jungen Afghanen:

My first-ever memory as a child is the sound of gunshots, fired by our neighbours as they defended their and our homes against the murderous Mujahiddins.

I will never forget the nights we spent hiding in fear on our roofs and in our basements. Safety was a rare luxury.

My first three years of school, I was forced to dress like the Taliban. Every day, we had to endure their primitive violence. Once the Taliban started kidnapping orphan boys from my school to rape them, my parents didn't want me to go to school anymore.

After the withdrawal of the Taliban from Afghanistan, I returned to school. It seemed like another chance for a peaceful future. But the sound of gunfire, the kidnapping, the raping and the deaths of innocents would never end.

When I had completed my studies at university and started to work as a journalist for a TV channel, I learned more and more about the hard reality of Afghanistan's state.

I realised how bad the situation really was: Systematic corruption, suicide attacks, bombs, feudal commanders, the Taliban as the political and militant opposition and countless other problems.

After the Taliban regime, the first government had been formed during the Bonn conference on 05 Dec 2001. The warlords had attended as representatives of the Afghan civilians and elected Hamid Karzai as the president of the temporary government. He reigned unchallenged for 3 horrible terms during which people were still kept in political darkness and suffering from hunger. Karzai shared the government with all warlords and war criminals, so that no one would dare to challenge him. These warlords and criminals were all known to have committed war crimes.

Economy and politics were a mess. The militant opposition was growing in numbers and power. The Taliban and Isis started recruiting many cheap soldiers due to high unemployment and economic chaos. Senior government officials were becoming dependent on terrorist groups, which were, in return, supported by feudal commanders.

In all those years of war and chaos, culture, information and education were missing. There has been no effective approach to support or improve these important aspects. Being cut off from any vital information that could have protected them, the people who suffered most were the civilians and are still civilians.

Uncounted numbers of innocent people died by the hands of the Taliban, Isis, feudal commanders, illegal arms dealers and even government authorities. The Afghan Human Rights Commission was under political control and did nothing to combat the crimes that were being done throughout the land. To sum up the situation: there was no support or any help for civilians whatsoever. They were on their own and still are. Up to now civilian Afghans have to fear for their lives on a daily basis. They suffer from hunger because of a severe lack of food. Most people are unemployed. 50% of Afghan families' expenses are being paid by Afghan youth who work in Iran, Pakistan, Saudi Arabia, the United Arab Emirates and Turkey. The other 50% can't even cover their daily expenses and are an easy target for terrorist recruiters.

Afghanistan will not be able to solve its problems with new wars and more weapons – and not with any armed fighters.

What people in Afghanistan need is economical support, knowledge and true information – open to the public – and peace. Therefore I do not want to fight with guns, but I want to fight for a more secure, better educated, free and peaceful Afghanistan with means of information and education.

I was born in war – I grew up in war – but I don't want to die in war!

Platz do!

Neurosenheimer/Katrin Stadler Januar 2015

ALLE RECHTE BEI DER AUTORIN. VERWENDUNG/AUFFÜHRUNG NUR MIT GENEHMIGUNG

1. An de Grenzen stengan's Schlanga und de Turnhallen san voi,
und koana von uns woabß jetz, wia ma damit umgeh soi.
Macht's Platz in eure Köpf und denkt's eich in de Menschen nei.
Denn zammhalten und zammwachsen wird unumgänglich sei.
Hey, macht's moi Platz do, mir ham doch Platz do!
Ge, geht's auf d'Seitn, ruckt's a Stickl, bloß auf gor koan Foi nach rechts!
Hey, macht's moi Platz do, mir ham doch Platz do!
Und glabt's ma, bloß, weil wos wos' Fremds is,
is doch des ned glei wos Schlechts!

2. Jeds Jahr im Advent zoang mia da Welt, wia christlich dass ma san.
Und jeds Jahr schau ma mit de Kinder de Herbergsuche an.
Doch wenn statt Josef und Maria bei uns da Hamid klopft,
Na song ma wia da böse Wirt: „Is alles scho voi-gstopft!“
- Na!!
Hey macht's moi...

3. Fragts doch amoi de oidn Leit, wer de aufnomma hod,
wia sie im Kriag vor 70 Jahr da gstandn san in Not.
No ned lang her, warn unsre Leit vertrieb'n in d'ganze Welt
Doch wenn's oam guat geht, na vagisst ma schnell wos wirklich zählt.
Hey macht's moi...

4. Wenn oana liegn und steh lasst, was er sich daarbat hod,
si an Weg macht in am Viehtransport um d'Welt, oiwei knapp vor'm Tod,
wenn der sich mit zwoahundert Leit in a Turnhalle neilegt,
dann ned weil er schmarotzn wui, sondern er si ned draussehgt.
Hey macht's moi...

Video mit Neurosenheimer und Martina-Eisenreich-Quartett:

<https://www.youtube.com/watch?v=F2QdIGThLqk>

<https://www.facebook.com/katrin.stadler.5>

Übersetzung:

Zu meinen sehr frühen Erinnerungen als Kind gehören die Schüsse, als unsere Nachbarn zur Verteidigung ihres Heims auf die mörderischen Mujahiddins feuerten. Ich werde nie die Nächte vergessen, wo wir uns vor Angst auf den Dächern und in den Kellern versteckten.

In meinen ersten drei Schuljahren war ich gezwungen, mich wie Talibans zu kleiden. Jeden Tag mussten wir ihre primitive Gewalt ertragen. Als die Talibans dazu übergingen, Waisenknaben aus meiner Schule zu entführen und zu vergewaltigen, wollten mich meine Eltern nicht mehr zur Schule gehen lassen.

Nach dem Rückzug der Taliban aus Afghanistan, kehrte ich in die Schule zurück. Es sah nach einer neuen Chance für Frieden aus. Aber das Dröhnen der Gewehrschüsse, das Kidnapping, die Vergewaltigungen und der Tod Unschuldiger wollte nicht aufhören.

Als ich mein Universitätsstudium

abgeschlossen hatte und als Journalist für eine Fernsehstation zu arbeiten begann, merkte ich, wie schlimm die Situation tatsächlich war: Systematische Korruption, Selbstmordanschläge, Bomben, feudale Kommandeure, die Taliban als politische und militante Opposition...

Der gewählte Präsident Karsai beteiligte alle Warlords und Kriegsverbrecher – die man gut kannte - an der Regierung. Taliban und Isis begannen viele Soldaten zu rekrutieren, die aufgrund der hohen

Arbeitslosigkeit und des wirtschaftlichen Chaos billig zu haben waren.

Unzählige Unschuldige starben durch die Hand der Taliban, Isis, feudaler Kommandeure, illegaler Waffenhändler und sogar Regierungsvertreter.

Die afghanischen Menschen leiden unter Hunger und Arbeitslosigkeit. 50% der afghanischen Familieneinkünfte werden von jungen Menschen bezahlt, die im Iran, Pakistan, Saudiarabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und der Türkei arbeiten. Afghanistan wird

seine Probleme nicht lösen mit neuen Kriegen und mehr Waffen – und auch nicht mit bewaffneten Kämpfen.

Was die Menschen in Afghanistan brauchen ist wirtschaftliche Unterstützung, Bildung und echte Information – und natürlich Frieden. Deshalb will ich nicht mit Waffen kämpfen, sondern für ein sicheres, besser gebildetes, freies und friedliches Land.

Ich bin im Krieg geboren – im Krieg aufgewachsen – aber ich will nicht im Krieg sterben!



Beitrag des jungen Mannes aus Syrien:

Peace, mercy and blessings from God.

Ladies and Gentlemen, a peaceful greeting to you. I come from Syria, where all young men must join the army and fight.

I reused to kill anyone. I am a peaceful man. Like many of my friends, we refuse to make war. I left Syria in 2013, but Syria has never left my heart and soul.

Before the war, I could study engineering in Aleppo but only because my family worked so hard to make that possible. In Aleppo, my friends had many different religions. We dreamed of making a good, peaceful society in Syria. I miss my friends so much and our wonderful brotherhood and tolerance. My dear friends A. and H., I hope you are safe in Syria and that we'll meet again. I also have had no news from my family near Aleppo since November 2015. This is the price I have to pay because I refuse to kill anyone.

Can you imagine this? A street in Aleppo with a big, beautiful church and a big beautiful mosque? From sun up to sun down, we heard at the same time, the music of the church bells and the call to prayer from the minarets? Christianity and Islam, in harmony, before this horrible war.

And can you imagine, my dear ones, the harm done to us by this dirty war? I grew up in a village in an open society in a simple house without fences or locked doors. We welcomed everyone. We planted wheat, cotton and peace. But now the harvest is bombs, death and destruction. Since 2012, this ugly war has transformed the lives of 22 million Syrians into a terrifying nightmare, an unending story of pain and loss.

The profits of the arms dealers are built on our deaths. In the eyes of every Syrian child, there are so many

questions. They ask:

When will they be safe again?

When can they go to school again?

What does peace feel like?

Before I close:

Greetings to the brave people who have stayed in Syria who cling to their lives there.

Greetings to the great country of Germany, which welcomes us and gives us a chance to live in peace.

How can I, a peaceful man from Syria, work together with you to create peace?

What can we give the children of Syria when they ask us, what does peace feel like?

Please share your ideas with me.

Thank you.

Übersetzung:

Friede, Gnade und Gottes Segen seien mit Ihnen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich grüße Sie im Namen des Friedens.

Ich komme aus Syrien, wo alle jungen Männer zum Militär und kämpfen müssen.

Ich habe es verweigert, jemanden zu töten. Ich bin ein friedliebender Mensch, so wie viele meiner Freunde; wir wollen nicht Krieg führen. Ich verließ das Land Syrien 2013, aber Syrien ist tief in meinem Herzen und meiner Seele verankert.

Vor dem Krieg konnte ich Ingenieurswesen in Aleppo studieren, aber nur weil meine Familie so hart arbeitete, um mir das zu ermöglichen. Meine Freunde in Aleppo hatten verschiedene Religionen. Wir träumten von einer guten, friedlichen Gesellschaft in Syrien. Ich vermisse meine Freunde so sehr und unsere wunderbare Freundschaft und Toleranz. Meine lieben Freunde A. und H., ich hoffe, ihr seid in Syrien in Sicherheit und

ich treffe euch eines Tages wieder. Ich weiß auch nichts von meiner Familie nahe Aleppo seit November 2015. Das ist der Preis, den ich zahlen muss für meine Weigerung zu töten.

Könnt ihr euch das vorstellen? Eine Straße in Aleppo mit einer großen, schönen Kirche und einer großen schönen Moschee? Von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang hörten wir gleichzeitig den Klang der Kirchenglocken und die Rufe des Muezzin zum Gebet? Christentum und Islam in Harmonie – vor diesem schrecklichen Krieg.

Und meine Lieben, könnt ihr euch vorstellen, wie weh uns dieser schmutzige Krieg tut? Ich bin am Dorf in einer offenen Gesellschaft aufgewachsen – es gab keine Zäune oder verschlossene Türen. Jeder war willkommen. Wir pflanzten Weizen, Baumwolle und Frieden. Aber jetzt ernten wir Bomben, Tod und Zerstörung. Seit 2012 hat dieser Krieg das Leben von 22 Millionen Syrern in einen Alptraum

verwandelt, eine endlose Geschichte von Leiden und Verlusten.

Die Profite der Waffenhändler sind auf unseren Toten gebaut. In den Augen jedes syrischen Kindes stehen viele Fragen:

Wann werden wir wieder sicher sein?

Wann können wir wieder zur Schule gehen?

Wie fühlt sich Frieden an?

Bevor ich zum Schluss komme möchte ich noch Grüße schicken an die, die in Syrien überleben, ich grüße euch aus Deutschland, das uns willkommen heißt und uns die Chance gibt, in Frieden zu leben.

Wie kann ich als friedliebender Mann aus Syrien mit euch am Frieden weiter arbeiten?

Was geben wir den syrischen Kindern mit, wenn sie fragen, wie sich Frieden anfühlt?

Teilt bitte eure Ideen mit mir.

Danke

Moderation:

Ich danke Ihnen für ihren Mut, ihre Zivilcourage und appelliere an die Behörden in Deutschland, dass solche Menschen, die wegen ihrer Gewissensentscheidung für Kriegsdienstverweigerung in ihrer Heimat mit dem Tod bedroht sind, nicht abgeschoben werden. Sie brauchen unsere Anerkennung und unseren Schutz.

Ich bitte Thommy Rödl auf die Bühne, um diesen beiden Männern das Symbol der Internationalen Kriegsdienstverweigerung, das zerbrochene Gewehr, als Anstecknadel zu überreichen.



ReferentInnen

Daniela Dahn

Kritisieren heißt: sich verantwortlich fühlen. Gerade wenn wir bereit sind, die permanente Unzulänglichkeit als den Zustand anzunehmen, der uns gegeben ist, sollten wir nicht so tun, als wäre das nichts. Wer nie versucht hat, sich einzumischen, soll nicht behaupten, es ginge nicht.

Daniela Dahn, geboren 1949 in Berlin. Aufgewachsen und Abitur in Kleinmachnow. Volontärin bei DEFA und Fernsehen. Journalistik-Studium in Leipzig bis 1973. Fernsehjournalistin. Kündigung 1981, Rückzug aus journalistischer Tätigkeit. Seit 1982 freie Schriftstellerin in Berlin. Im Herbst 1989 Gründungsmitglied des "Demokratischen Aufbruchs", später auch hier Rückzug.



Bibliografie - Bücher im Rowohlt Verlag:

- „Wir sind der Staat. Warum Volk sein nicht genügt“, Essay, Reinbek 2013
- „Wehe dem Sieger! – Ohne Osten kein Westen“, Essay, Reinbek 2009, Taschenbuch 2010
- „Demokratischer Abbruch. Von Trümmern und Tabus“, Essays, Reinbek 2005
- „Wenn und Aber. Anstiftungen zum Widerspruch“. Essays. Reinbek 2002
- „In guter Verfassung. Wieviel Kritik braucht die Demokratie?“, Essay u. Dokum., Reinbek 1999
- „Vertreibung ins Paradies. Unzeitgemäße Texte zur Zeit“, Essays. Reinbek 1998
- „Westwärts und nicht vergessen. Vom Unbehagen in der Einheit“, Essay. Berlin 1996
- „Wir bleiben hier oder Wem gehört der Osten“. Pol. Sachbuch, Reinbek 1994
- „Prenzlauer Berg-Tour“ Dokumentarische Prosa, Halle und Darmstadt 1987. Berlin 2001
- „Spitzenzeit“, Kurzprosa, Halle 1983, Reinbek 2000

Mitgliedschaften:

PEN, Beirat der Humanistischen Union, Internationale Untersuchungskommission „Grundrechte und Globalisierung“. Stellvertretende Vorsitzende des Willy-Brandt-Kreis e.V.

Auszeichnungen:

Fontane-Preis, Berlin-Preis, Tucholsky-Preis, Louise-Schroeder-Medaille, Börne-Preis.

Kontakt:

über Rowohlt Verlag: Frau Lisa Marie Paesike, Tel.: 040 – 72 72 314
daniela.dahn@berlin.de

Fabian Scheidler

Fabian Scheidler (* 22. Juli 1968 in Bochum) ist ein deutscher Autor und Dramaturg. Für seine publizistisch-künstlerische Tätigkeit bei Attac bekam er 2009 den Otto-Brenner-Medienpreis für kritischen Journalismus.

Scheidler studierte Geschichte und Philosophie an der Freien Universität Berlin und Theaterregie an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst in Frankfurt am Main.

Seit 2001 arbeitet er als freischaffender Autor für Printmedien, Fernsehen, Theater und Oper.

Im Jahr 2009 gründete er mit David Goeßmann das unabhängige Fernsehmagazin Kontext-TV, welches regelmäßig Sendungen zu Fragen globaler Gerechtigkeit und Ökologie produziert.

2010 war er Programmkoordinator des Attac-Bankentribunals in der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz.

2013 wurde seine Oper „Tod eines Bankers“ am Gerhart-Hauptmann-Theater Görlitz uraufgeführt.

2015 erschien Fabian Scheidlers Buch „Das Ende der Megamachine. Geschichte einer scheiternden Zivilisation“ im Promedia Verlag (Wien). Die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen wählte es zu den „TOP 10 der Zukunftsliteratur 2015“.



Weitere Werke:

- Theater in Bewegung. Globale Gerechtigkeit spielend voranbringen. Ein Handbuch. von Fabian Scheidler, Stefanie Kaluza, Marc Amann, hrsg. von Grips Werke e.V., Berlin 2010, ISBN 978-3000326318.
- Die volle und die leere Welt. Essays und Bilder. Norderstedt 2007, ISBN 978-3833497438.
- Gibt es ein Leben nach dem Wachstum? in: Perspektiven! VSA Verlag, Hamburg 2004.
- Prima Klima. Theaterstück für Menschen ab 6, uraufgeführt am Grips-Theater Berlin 2007
- Chaos: Das neue Zeitalter der Revolutionen von Fabian Scheidler, Promedia Verlag, Wien 2017, ISBN 978-3853714263.

Kontakt:

Counter Images / Fabian Scheidler

Email: info@counter-images.de

Elsa Rassbach



ELSA RASSBACH ist eine der Mitbegründer*innen der deutschen "Drohnen-Kampagne" und hat dazu beigetragen, die Diskussionen über die Rolle der Bundesregierung in der Unterstützung von rechtswidrigen Tötungen mittels Drohnen durch die USA über den US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein anzustoßen. Sie wurde inspiriert durch ihre Teilnahme an Protesten von CODEPINK an den US-Stützpunkten Creech und Beale und hat auch mit CODEPINK am Gaza-Freiheitsmarsch in Kairo 2009 und in einer Delegation nach Gaza 2012 teilgenommen. Elsa ist in den USA geboren und aufgewachsen; ihr Vater ist 1938 aus Deutschland emigriert. Als Studentin an der Filmakademie in Berlin (DFFB) in den späten 60ern und frühen 70ern unterstützte sie den GI-Widerstand gegen den Vietnam-Krieg. Im Folgenden arbeitete sie für 20 Jahre als Produzentin und Autorin für das US-öffentliche Fernsehen. Sie ist vor allem bekannt durch ihre preisgekrönte Filmarbeit für die Fernsehreihe NOVA und über die Geschichte der US-Afroamerikanischen- und Arbeiterbewegungen für das US-Abendfernsehen. Seit den 90ern ist sie unabhängige Filmemacherin und Journalistin.

Nach dem Überfall der USA auf Irak 2003 organisierte sie Unterstützungskampagnen für GIs in Deutschland, die Widerstand gegen den Irakkrieg leisteten. Sie arbeitet mit mehreren US-amerikanischen und deutschen Gruppen zusammen, u.a. CODEPINK, UNAC (United National Antiwar Coalition), DFG-VK und ATTAC.

Filme - eine kurze Auswahl:

- „The Killing Floor“ (1985), Sundance Film Festival Special Jury Award
118 Min., Englisch <http://www.thekillingfloor-thefilm.com>
- „We Were Soldiers in the ‚War on Terror‘: Zeugnisse aus dem Irakkrieg“ (2012)
23 Min., Englisch mit deutschen Untertiteln <https://vimeo.com/61959387>

Journalistische Beiträge u. a. in Truthout, Common Dreams, Peace Review, Mondoweiss, Counterpunch, +972, junge Welt, Neues Deutschland, ZivilCourage, IPPNW forum. Siehe auch „Wie sich Europäer der Drohnen- und Roboter-Kriegsführung widersetzen“ in Töten per Fernbedienung, red. Peter Strutynski, 2013 und „Aktivistin gegen den Vietnamkrieg“ in Die 68erinnen, red. Ute Kätzel 2002, 2008

kurze Videos mit Elsa Rassbach:

<http://codepink-in-germany.org/2016/03/06/videos/>

Kontakt:

CODEPINK spokesperson in Germany (www.codepink.org).

elsarassbach@gmail.com

+ 49 170 738 1450



Trägerorganisationen:



Dem 1914 gegründeten Internationalen Versöhnungsbund gehören rund 100 000 Menschen in 40 Staaten der Erde an. Ihnen gemeinsam ist die Vision einer Welt, in der Menschen geschwisterlich miteinander leben und Konflikte gewaltfrei gelöst werden. Der Verband hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen. Der Sitz des Deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes ist in Minden.

Kontakt:

Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Tel. 0571 – 850875
Fax 0571 – 8292387
www.versoehnungsbund.de
vb@versoehnungsbund.de

Spenden:

Sparkasse Minden-Lübbecke
IBAN: DE20 4905 0101 0040 0906 72
BIC: WE LA DE D1 MIN

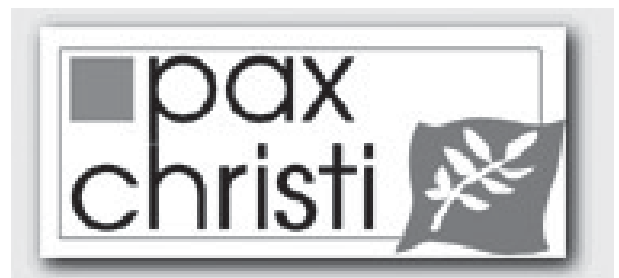
pax christi

Als internationale katholische Friedensbewegung benennt pax christi Missstände in Politik und Gesellschaft und bezieht klare Positionen, wo Menschenrechte verletzt und Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden.

Kontakt:

Marsstr. 5
80335 München
Tel. und Fax: 54 38 515
www.paxchristi.de
www.erzbistum-muenchen.de/paxchristi
paxchristi.muenchen@t-online.de

Spenden: IBAN: DE 34 370 601 93 603 131 40 10
BIC : GENODED1PAX



Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e. V.



Netzwerk
Gewaltfreie Kommunikation
München e.V.

Das Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München ist eine lokale Organisation, die den folgenden Zweck hat:

- Menschen mit der Haltung und dem Prozess der Gewaltfreien Kommunikation nach Marshall Rosenberg bekannt und vertraut zu machen.
- Menschen, die sich für die Gewaltfreie Kommunikation einsetzen, miteinander zu vernetzen.
- Menschen dabei zu unterstützen, lebensdienliche Strukturen zu schaffen.

Mit unserem Verein und seinen Mitgliedern setzen wir uns dafür ein, mit Sprache bewusst und verantwortungsvoll umzugehen. Schrittweise kann es uns gelingen,

- uns so zu verständigen, dass wir echte Chancen haben, das zu bekommen, was wir brauchen.
- Gedankenmuster, die zu Ärger und Aggressionen führen, zu verstehen und abzubauen.
- auf dem Weg hin zu einer Konfliktlösung weder unser Anliegen aufzugeben, noch die Beziehung zu unseren Mitmenschen aufs Spiel zu setzen.
- konkret umsetzbare Handlungsschritte zur Veränderung für uns und unser Gegenüber zu entwickeln mit dem Ziel, die Anliegen aller im Auge zu behalten.

Wir freuen uns, wenn Sie unsere Projekte mit einem Beitrag auf unserem Spendenkonto unterstützen:
Raiffeisenbank München Nord IBAN: DE62 7016 9465 0000 4360 54, BIC: GENODEF1M08

Kontakt:

Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e. V.
Postfach 20 01 61,
80639 München
Tel.: +49(0)89 21558369

Projektgruppe

„Münchner Sicherheits-Konferenz verändern“ e.V. (MSKverändern)

Von der „Münchner Sicherheitskonferenz“ zur „Münchner Konferenz für Friedenspolitik“

Damit die „Münchner Sicherheitskonferenz“ zukünftig zu einer Konferenz für Friedenspolitik wird, suchen wir den Dialog mit den Veranstaltern, Förderern und Teilnehmern der Sicherheitskonferenz sowie der interessierten Öffentlichkeit.



Kontakt:

Projektgruppe MSK verändern e.V.
Telefon +49 (0) 89 / 88 95 28 71
E-Mail: vorstand@mskveraendern.de
Internet: www.mskveraendern.de

Bankverbindung: Stadtparkasse München
IBAN: DE23 7015 0000 0000 4163 70
BIC: SSKMDEMXXX

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Landesverband Bayern

Die DFG-VK ist ein deutscher Zweig der Internationale der Kriegsdienstgegner (War resisters International, WRI, gegründet 1921, u.a. von Albert Einstein). Die Grundsatzklärung der Internationale der Kriegsdienstgegner lautet:

„Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuwirken.“

Kontakt:

Schwanthalerstr. 133
80339 München
Tel. 089/ 89 62 34 46
www.dfg-vk-bayern.de
www.dfg-vk.de; www.wri-irg.org
www.no-militar.org
muenchen@dfg-vk.de



Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk



Helmut-Michael-Vogel-
Verein zur Förderung
der FRIEDENSARBEIT
der DFG-VK Bayern

Das Helmut-Michael-Vogel- Bildungswerk ist der gemeinnützige Verein zur Förderung der Friedensarbeit der DFG-VK Bayern

Kontakt:

c/o DFG-VK.
Tel. 089/ 89 62 34 46,
Di., Mi., Do. 11.00 - 17.00 Uhr
www.h-m-v-bildungswerk.de

Spenden:

H-M-V-Bildungswerk e.V., GLS- Bank,
Stichw. „Friedenskonferenz“
IBAN: DE374306 0967 8217 1208 00 ;
BIC: GENODEM1GLS

Netzwerk Friedenssteuer, Region Bayern

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg ausgegeben werden. Wir wollen nicht weniger Steuern bezahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen. Unsere Erklärung lautet:

„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“



Kontakt:

www.netzwerk-friedenssteuer.de

Spenden:

Netzwerk Friedenssteuer e.V., GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE25 4306 0967 7001 6016 00
BIC: GENODEM1GLS

Kreisjugendring München-Stadt



Der Kreisjugendring München-Stadt (KJR) ist die Arbeitsgemeinschaft der rund 60 Münchner Jugendverbände und -gemeinschaften, sowie Träger von fast 50 städtischen Freizeitstätten. Ziel und Grundlage seines Handelns sind Toleranz, Friede, soziale Gerechtigkeit, Völkerverständigung und demokratische Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen.

Kontakt:

Kreisjugendring München Stadt
Postfach 151 223
80047 München
Tel: 089/514106-10
www.kjr-m.de

NaturwissenschaftlerInnen – Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit e. V.

Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir widerspruchslos hinnehmen.

Ernst Bloch (Philosoph, 1885-1977)

Im Februar 1987 haben sich NaturwissenschaftlerInnen in der Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ zusammen gefunden, um als Teil der Friedensbewegung ihre spezifischen professionellen Kompetenzen für eine Welt ohne Krieg und Gewalt, für die Kontrolle und Beseitigung atomarer, chemischer, biologischer und konventioneller Waffensysteme, für Friedens- und Abrüstungsforschung und für soziale, ökologische und humane Technikgestaltung einzusetzen.

NatWiss
Verantwortung für Frieden
und Zukunftsfähigkeit e.V.

Kontakt:

NaturwissenschaftlerInnen-Initiative c/o IALANA
Marienstraße 19/20
10117 Berlin
Tel.: 030 - 31 99 66 86
Fax: 030 - 31 99 66 89
E-Mail: [geschaeftsfuehrung\(at\)natwiss.de](mailto:geschaeftsfuehrung(at)natwiss.de)
Internet: www.natwiss.de

Spenden:

„Verantwortung für den Frieden“
Postbank Köln, BLZ 370 100 50
Konto-Nr.: 393 408 504
IBAN: DE24 3701 0050 0393 4085 04
BIC: PBNKDEFF



IFFF Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit
WILPF Women's International League for Peace and Freedom

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit/IFFF, engl. Women's international league for Peace and Freedom/WILPF ist eine internationale Nichtregierungsorganisation mit nationalen Sektionen in über 40 Ländern und auf allen Kontinenten. IFFF/WILPF besitzt Beraterstatus bei den Vereinten Nationen (UNO). Seit ihrer Gründung 1915 in Den Haag richtet sie sich gegen alle Formen von Krieg und Gewalt und fordert die Garantie von Frauenrechten als Menschenrechte. Die IFFF/WILPF arbeitet in zahlreichen Netzwerken lokal, national und international und beteiligt sich an internationalen Kongressen und Konferenzen. Frieden im Sinne der Agenda „Frauen-Frieden-Sicherheit“ ist für IFFF/WILPF ein fortlaufender Prozess zur Überwindung aller Formen von Gewalt.

Schwerpunkte sind Prävention von Konflikten durch Abrüstungsmaßnahmen, Ende des Militarismus, Förderung von Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung, feministische Wirtschaftsordnung und die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an der Erarbeitung nachhaltiger Friedensstrukturen.

Kontakt:

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) Deutsche Sektion
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
E-Mail: info@wilpf.de
Web: <http://www.wilpf.de>

